

Glanz und Elend der deutschen Geschichte Schlüsselereignisse von 1870 bis 1945 Band 8

Das Märchen von Einigkeit, Recht und Freiheit ...

Band 8/111

Der Erste Weltkrieg

Mit Schimpf und Schande sollen überschüttet werden, die mein Unglück suchen.

Psalm 71, 13

Das Attentat von Sarajevo

Am 28. Juni 1914 fiel der 50jährige Erzherzog Franz Ferdinand in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo (seit 1908 von Österreich-Ungarn annektiert) einem Attentat zum Opfer. Der österreichisch-ungarische Thronfolger und seine Ehefrau wurden während einer Stadtrundfahrt durch den bosnischen Nationalisten Princip erschossen.

Der Attentäter Gavrilo Princip (1894-1918, erhielt nach dem Attentat eine 20jährige Zuchthausstrafe, starb an Knochentuberkulose) handelte im Auftrag der serbischen Geheimorganisation "Crna ruka" ("Schwarze Hand"), die nachweislich von Serbien und Rußland unterstützt wurde. Die Belgrader Regierung und russische Militärberater erhielten frühzeitig Informationen über die Attentatspläne, reagierten jedoch nicht (x090/243).

Erzherzog Franz Ferdinand mußte vor allem sterben, weil er eine konstruktive Balkanpolitik des Ausgleichs anstrebte. Der österreichisch-ungarische Thronfolger plante eine vernünftige Neuaufteilung des österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaates (sogenannte "Dreierlösung", selbständiger Staat für die Südslawen) und war gleichzeitig um eine ehrliche Aussöhnung mit den Slawen bemüht (x056/315). Diese Pläne genügten den großserbischen Nationalisten jedoch längst nicht mehr.

Nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers ähnelte der Balkan einem hochbrisanten "Sprengstofflager", das schon bei der geringsten Erschütterung zu explodieren drohte. Offiziell wollte zwar niemand den Krieg, aber überall in Europa rechnete man damals mit dem Kriegsausbruch.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Entstehung des Ersten Weltkrieges (x057/193-194): >>>Aus dem Streben nach weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Machtstellung der Großmächte und der von ihnen abhängigen Staaten hatten sich fortwährend neue Reibungsflächen und Gegensätze der Weltmächte ergeben. England wollte die Seeherrschaft behaupten, Frankreich seine Vormachtstellung in Europa wiedergewinnen, Rußland Landerwerb, um den Zugang zum Meer zu erreichen, Deutschland weltwirtschaftliche Entfaltung, Amerika und Japan die Vorherrschaft im Großen Ozean.

Aus diesem Machtstreben entstanden die besonderen Gegensätze zwischen Österreich-Ungarn und Rußland (Balkan), Österreich und Italien (Irredenta, politische Bewegung Italiens), ferner zwischen Deutschland und Frankreich (Elsaß-Lothringen), Deutschland und Rußland (wegen Freundschaft Deutschlands mit Österreich und der Türkei), Deutschland und England (Handels- und Flottenfragen).

Immer straffer schloß sich die Entente zusammen und verstärkte ihre Rüstungen. Deutschland

dagegen, besonders Kaiser Wilhelm II., war auf Frieden bedacht und versäumte es sogar, sich auf die drohende Gefahr eines Krieges militärisch, wirtschaftlich und politisch genügend vorzubereiten.

Der Anlaß zum Weltkrieg wurde die Ermordung des österreichischen Thronfolgers und seiner Gemahlin in Sarajewo durch serbische Verschwörer (28. Juni 1914).

Österreich forderte in einem Ultimatum an Serbien strengste Bestrafung der Schuldigen und Unterdrückung der gegen Österreich gerichteten großserbischen Bewegung (23. Juli 1914). Von Rußland unterstützt, lehnte Serbien die wesentlichen österreichischen Forderungen ab und begann die Mobilmachung (25. Juli 1914).

Deutschland nicht rechtzeitig genug über die österreichischen Schritte unterrichtet, suchte zu vermitteln und fand zunächst die Unterstützung Englands. Österreich erklärte nunmehr Serbien den Krieg (28. Juli 1914), ohne sich vorher mit Deutschland zu verständigen, worauf Rußland die Gesamtmobilmachung anordnete (29. Juli 1914). Infolge dieser drohenden Lage für Deutschland forderte seine Regierung die Einstellung der russischen Mobilmachung und erklärte, als keine Antwort erfolgte, den Krieg an Rußland (1. August 1914) und, nach einem vergeblichen Versuch, Frankreich zur Neutralität zu veranlassen, auch den Krieg an Frankreich (3. August 1914), daß bereits am 1. August mobil gemacht hatte.

England dagegen erklärte erst den Krieg an Deutschland, als dieses trotz des Widerstandes der belgischen Regierung deutsche Truppen zum Durchmarsch durch belgisches Gebiet in Bewegung setzte (4. August 1914). Auch Japan schloß sich der Entente an (Tsingtau). Dagegen blieben Italien und Rumänien zunächst neutral, während die Türkei und Bulgarien bald auf Deutschlands Seite traten.<<

Der Hörfunksender "Deutschlandradio Kultur" berichtete am 23. September 2013 über das Buch "Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog" des australischen Historikers Christopher Clark: >>Der Historiker Christopher Clark nimmt die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges von Neuem unter die Lupe. Indem er nach dem "wie" und nicht so sehr nach dem "warum" fragt, erzählt er eine altbekannte Geschichte auf überraschende Weise neu. Clarks Herangehensweise ist unspektakulär.

Er untersucht genau, wer welche Rolle in den einzelnen Ländern gespielt hat, welche Vorstellungen die Regierungschefs, Minister, Diplomaten, Beamten und nicht zuletzt die gekrönten Häupter der europäischen Mächte hatten, die Europa in jenen Krieg geführt haben, der heute zu Recht als die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts gilt - Auslöser allen Unheils, das diesem Krieg folgte: Großbritannien, Frankreich, Rußland, Deutschland, Österreich-Ungarn und, am Rande, aber mit einer folgenschweren Entscheidung, Italien.

Zufälle, plötzliche Veränderungen der politischen Lage, eigenartige Phantasien und Visionen der Akteure: All das spielt beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine große Rolle. Da ist etwa der Generalstabschef der österreichisch-ungarischen Streitkräfte, der Freiherr Franz Conrad von Hötzendorf, eine der "wohl faszinierendsten Figuren in einem hohen militärischen Amt zu Beginn des 20. Jahrhunderts".

Hötzendorf war der größte Kriegstreiber der Habsburger Monarchie, dessen ganze Energie der skandalösen Liebe zur Gattin eines Wiener Unternehmers galt. Wie ein mittelalterlicher Ritter wollte Hötzendorf diese Frau erobern, indem er als siegreicher Held aus einem Krieg heimkehren würde.

Hötzendorfs Gegenspieler war der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand. Er bemühte sich, die Spannungen zwischen der Habsburger Monarchie und den Serben einzudämmen. Als am 28. Juni 1914 der Erzherzog ermordet wurde, konnte sein kriegslüsterner Gegenspieler Hötzendorf ungehindert zum Krieg antreiben.

Mit einem bestechend einfachen Gedanken untersucht Clark die Vorkriegsgeschichte: Jahrzehnte lang stand immer die Frage im Mittelpunkt, warum der Krieg ausbrach - und damit

drehte sich die Debatte zumeist um die Frage, wer schuld daran war. Clark indes fragt, wie er ausbrach - und öffnet dadurch den Blick für die komplexen Vorgänge, die am Ende in die verhängnisvolle Eskalation mündeten.

Europa war beherrscht von den Großmächten, die sich gegenseitig belauerten und mißtrauten. Aus unterschiedlichen Motiven fanden sich Großbritannien, Frankreich und Rußland zur Entente zusammen. Emporkömmling Deutschland blieben nur Österreich-Ungarn und Italien als Bündnispartner. Mehrere Krisen wurden knapp entschärft. Größter Unsicherheitsfaktor war das vom Zerfall bedrohte Osmanische Reich.

Als Italien 1911 Libyen überfiel, um es der osmanischen Herrschaft zu entreißen, wurde die Büchse der Pandora geöffnet. Auf dem Balkan begannen die Kämpfe und Kriege um die Unabhängigkeit der Balkan-Völker. Die imperialistischen Großmächte wollten sich Einflußsphären sichern, doch der Balkan war unberechenbar, vor allem der gewaltbereite serbische Nationalismus.

So entstand jene Gemengelage, die nach dem Attentat von Sarajewo zum Krieg führte. Ein Krieg, den die Politiker eigentlich nicht gewollt, mit dem sie aber kalkuliert hatten. Alle Akteure spielten das riskante Spiel, obwohl erkennbar war, daß der nächste Krieg schrecklicher sein würde als alle vorherigen. Wenn es für Clark Politiker gibt, die besondere Verantwortung tragen, sind es die Hardliner in Paris und Moskau: Als sie im Frühjahr 1914 ihr Militärbündnis an die Entwicklung in Serbien banden, konstruierten sie einen "geopolitischen Zündmechanismus", wie Clark es nennt. ...<<

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges

Der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg telegraphierte am 6. Juli 1914 an den deutschen Botschafter Tschirschky in Wien (x073/30): >>Was Serbien anbelangt, so könne Seine Majestät (der deutsche Kaiser) zu den zwischen Österreich-Ungarn und diesem Lande schwebenden Fragen naturgemäß keine Stellung nehmen. ... Kaiser Franz Joseph könne sich aber darauf verlassen, daß seine Majestät im Einklang mit seinen Bündnisverpflichtungen und seiner alten Freundschaft treu an der Seite Österreich-Ungarns stehen werden.<<

Das militärisch schwache Österreich-Ungarn wurde durch diese bedingungslose, unverantwortliche Zusage der deutschen Reichsregierung eigentlich erst ermutigt, mit Serbien abzurechnen.

Der deutsche Botschafter in Wien informierte den deutschen Reichskanzler am 14. Juli 1914 über die österreichischen Kriegspläne (x056/316): >>Ich habe mich schwer entschlossen, meinte der (österreichische Außen-) Minister, "zum Kriege zu raten, bin aber jetzt fast von dessen Notwendigkeit überzeugt, und ich werde mit aller Kraft für die Größe der Monarchie eintreten" ... Die Note (Ultimatum an Serbien) werde so abgefaßt sein, daß deren Annahme so gut wie ausgeschlossen sei.<<

Eine russisch-französische Delegation verhandelte in Sankt Petersburg über die Zusicherung der Bündnistreue (20. bis 23. Juli 1914) im Kriegsfall. Die Bündnisverpflichtungen wurden schließlich feierlich bestätigt.

Der deutsche Botschafter in Sankt Petersburg informierte den deutschen Reichskanzler am 21. Juli 1914 über ein Gespräch mit dem russischen Außenminister (x056/316): >>Der (russische Außen-) Minister fuhr erregt fort, auf jeden Fall dürfe Österreich ... nicht vergessen, daß ... es ... mit Europa zu rechnen habe. Rußland würde (Österreichs) Schritt in Belgrad, der auf eine Erniedrigung Serbiens absehe, nicht gleichgültig zusehen können ... auf jeden Fall dürfe von einem Ultimatum nicht die Rede sein ...

Rußland würde es nicht dulden können, daß Österreich ... Serbien gegenüber eine drohende Sprache führe oder militärische Maßregeln treffe.<<

Die österreichisch-ungarische Regierung stellte Serbien am 23. Juli 1914 absichtlich ein fast

unannehmbares Ultimatum (Frist = 48 Stunden, ohne sich mit dem Deutschen Reich abzustimmen). Die deutsche Regierung wurde erst nach der Übergabe des Ultimatus informiert (x063/478).

Nach französischer Bestätigung vom 23. Juli 1914, alle Verpflichtungen des französisch-russischen Bündnisses zu erfüllen, war der russische Zar noch fester zum Krieg entschlossen. Angesichts der großen innenpolitischen Schwierigkeiten konnte sich der Zar kein Zeichen von Schwäche leisten.

Der russische Kronrat sicherte Serbien am 25. Juli 1914 die "volle russische Unterstützung" zu, falls österreichische Truppen die serbische Grenze überschreiten sollten (x041/58).

Serbien ordnete daraufhin schon vor der Beantwortung des österreichischen Ultimatus die Mobilmachung an.

Obleich Serbien die meisten Forderungen erfüllt hatte, ordnete Österreich-Ungarn noch am Abend die Teilmobilmachung an.

Der britische Diplomat Eyre Crowe (1864-1925) berichtete am 25. Juli 1914 (x307/699):
>>Sollte der Krieg ausbrechen und England unbeteiligt bleiben, dann muß sich Folgendes ergeben:

a) Entweder siegen Deutschland und Österreich, sie erdrücken Frankreich und demütigen Rußland. ...Wie wird dann die Lage eines freudlosen England sein?

b) Oder Frankreich und Rußland siegen. Wie werden sie sich dann gegen England verhalten? Und wie wird's mit Indien und dem Mittelmeer stehen? ...<<

Der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg informierte Kaiser Wilhelm II., der damals eine Nordlandreise durchführte, am 26. Juli 1914 über die aktuelle Lage (x245/25): >>Nachdem gestriger Abend vergangen, hat Eingang der Nachricht, daß Österreich die serbische Antwort als ungenügend erachtet, hier lebhaft patriotische Kundgebungen veranlaßt, die bedauerlicherweise zu einer antiserbischen Demonstration vor russischer Botschaft geführt haben.

Es ist zu gegenwärtigen, daß falls Eure Majestät von (der) Nordlandreise direkt nach Berlin kommen die mit Sicherheit zu erwartende sehr stürmische Begrüßung Eure Majestät zur Wiederholung dieser Demonstrationen führen wird.

Rußland würde dies ausbeuten, daß wir den Krieg mit ihm wollen. Der Zeitpunkt hierzu aber wäre verfrüht, solange Rußland gar keine aggressiven Schritte ergreift, Rußland aber muß rücksichtslos unter allen Umständen ins Unrecht gesetzt werden. Eure Majestät wage ich daher alleruntertänigst zu bitten, zunächst nach Potsdam zurückkehren zu wollen.<<

Miroslav Spalajković (1864-1951, von 1906-1911 Leiter des serbischen Außenministeriums) berichtete am 26. Juli 1914 aus St. Petersburg (x307/601): >>Meiner Meinung nach bietet uns dies eine ausgezeichnete Gelegenheit, das Ereignis klug auszunutzen und eine volle Vereinigung der Serben zu erreichen. Deshalb ist es wünschenswert, daß Österreich-Ungarn uns angreift. In diesem Falle vorwärts im Namen des Herrn! ...<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über den serbischen Politiker Miroslav Spalajković (x307/600-601): >>Am 26. und 27. Juli 1914 trafen begeisterte Depeschen von Spalajković mit der Neuigkeit ein, daß die Russen eine Armee von 1.700.000 Mann mobilisieren würden und die Absicht hätten, "unverzüglich eine energische Offensive gegen Österreich-Ungarn einzuleiten, sobald es Serbien angreife".

Der Zar sei davon überzeugt, meldete Spalajković am 26. Juli, daß die Serben "wie die Löwen" kämpfen würden und die Österreicher eventuell sogar aus eigener Kraft von ihrem Rückzugsort im Landesinneren aus schlagen könnten.

Die deutsche Haltung war zu dieser Zeit noch unklar, aber selbst wenn sich die Deutschen nicht an den Kämpfen beteiligen sollten, so Spalajković, sehe der Zar gute Chancen, "eine Teilung Österreich-Ungarns" zu bewerkstelligen; und wenn dies scheitern sollte, würden die

Russen "die französischen Militärpläne ausführen, so daß der Sieg über Deutschland ebenfalls gewiß sei." ...<<

Anstatt Österreich-Ungarn zu beraten und zu überwachen, hielt sich die deutsche Regierung, trotz der akuten Kriegsgefahr, größtenteils im Sommerurlaub auf. Der deutsche Kaiser erhielt die serbische Antwort damals verspätet, weil er erst am 27. Juli 1914 von einer Nordlandreise zurückkehrte.

Wilhelm II. reagierte damals sichtlich erleichtert über die halb entgegenkommende serbische Antwort (x063/480): >>... Das ist mehr, als man erwarten konnte! ... Ein großer moralischer Erfolg für Wien; aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Giesel (der österreichische Gesandte) hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung empfohlen!<<

US-Kardinal John Murphy Farley (1842-1918, seit 1902 Erzbischof von New York) erklärte während des Eucharistischen Weltkongresses vom 22. bis 26. Juli 1914 in Lourdes (x347/83): >>Der Krieg, der in Vorbereitung ist, wird ein Kampf zwischen dem internationalen Kapital und den regierenden Dynastien sein. Das Kapital wünscht niemanden über sich zu haben; kennt keinen Gott oder Herrn und möchte alle Staaten als große Bankgeschäfte regieren lassen. Ihr Gewinn soll zur alleinigen Richtschnur der Regierenden werden ... Business - einzig und allein ...<<

Kaiser Wilhelm II. wies am 28. Juli 1914 den deutschen Diplomaten Gottlieb von Jagow (1863-1935, von 1913-1916 Staatssekretär im Auswärtigen Amt) an, den Österreichern klarzumachen, daß nach seiner Meinung kein Kriegsgrund mehr bestehen würde.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über diese längst überfällige Maßnahme des deutschen Kaisers (x307/667): >>... Noch am ... Morgen (28. Juli) um 10 Uhr schickte er eilends einen Brief an Jagow, in dem er erklärte, daß nun, da Serbien "eine Kapitulation demütigster Art" hingenommen habe, "jeder Grund zum Kriege" entfalle. Statt sofort in das Land einzumarschieren, sollten die Österreicher, so Wilhelm weiter, eine vorübergehende Besetzung der evakuierten Stadt Belgrad als Faustpfand für ein künftiges Entgegenkommen in Erwägung ziehen.

Noch wichtiger: Wilhelm wies Jagow an, den Österreichern mitzuteilen, daß nach seiner Einschätzung "ein Kriegsgrund nicht mehr vorhanden sei" und daß Wilhelm persönlich bereit sei, den Frieden in Österreich zu vermitteln. ... Das werde ich tun auf Meine Manier, und so schonend für das österreich(ische) Nationalgefühl und für die Waffenehre seiner Armee als möglich."

Außerdem teilte er Generalstabschef Moltke mit, daß wenn Serbien seine Garantien für Österreich-Ungarn einhalte, in seinen Augen kein Kriegsgrund mehr vorliege. Im Laufe des Tages hielt er laut Angaben des Kriegsministers Falkenhayn "wirre Reden, aus denen nur klar hervorgeht, daß er den Krieg jetzt nicht mehr will und entschlossen ist, um diesen Preis selbst Österreich-Ungarn sitzen zu lassen.<<

Der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg informierte am 28. Juli 1914 den deutschen Botschafter in Wien (x056/317): >>... Es ist eine gebieterische Notwendigkeit, daß die Verantwortung für das eventuelle Übergreifen des Konflikts auf die nicht unmittelbar Beteiligten unter allen Umständen Rußland trifft. ... (Österreich solle in Petersburg erklären), daß seine militärischen Maßnahmen lediglich eine vorübergehende Besetzung von Belgrad und anderen Punkten des serbischen Gebiets bezwecken, um ... Garantien für künftiges Wohlverhalten zu (er)zwingen. ...

Erkennt die russische Regierung (dies) nicht an, so wird sie die öffentliche Meinung ganz Europas gegen sich haben, die im Begriffe steht, sich von Österreich abzuwenden. Als eine weitere Folge wird sich die allgemeine diplomatische und wahrscheinlich auch die militärische Lage sehr wesentlich zugunsten Österreichs ... und seiner Verbündeten verschieben.

Der deutsche Botschafter solle aber in Wien sorgfältig vermeiden, daß der Eindruck entsteht, als wünschten wir Österreich zurückzuhalten. Es handelt sich lediglich darum, ... die Verwirklichung des von Österreich ... erstrebten Ziels, der großserbischen Propaganda den Lebensnerv zu unterbinden (zu ermöglichen), ohne gleichzeitig einen Weltkrieg zu entfesseln, und wenn dieser schließlich nicht zu vermeiden ist, die Bedingungen, unter denen er zu führen ist, für uns (möglichst) zu verbessern ...<<

Ungeachtet der deutschen Vermittlungsversuche erklärte Österreich-Ungarn am 28. Juli 1914 Serbien den Krieg.

Die österreichisch-ungarische Kriegserklärung an Serbien lautete wie folgt (x307/602): >>An meine Völker!

Es war Mein sehnlichster Wunsch, die Jahre die Mir durch Gottes Gnade noch beschieden sind, Werken des Friedens zu weihen und Meine Völker vor den schweren Opfern und Lasten des Krieges zu bewahren. Im Rate der Vorsehung ward es anders beschlossen. Die Umtriebe eines haßerfüllten Gegners zwingen Mich, zur Wahrung der Ehre Meiner Monarchie, zum Schutze ihres Ansehens und ihrer Machtstellung, zur Sicherheit ihres Besitzstandes nach langen Jahren des Friedens zum Schwerte zu greifen.<<

Jetzt war die Katastrophe nicht mehr aufzuhalten. Die Sympathien der Weltöffentlichkeit waren nun plötzlich eindeutig auf der Seite des "kleinen, schwachen serbischen Volkes".

Sigmund Freud (1856-1939, österreichischer Arzt und Psychologe) schrieb damals über die Kriegserklärung an Serbien (x307/602): >>... Ich fühle mich aber vielleicht zum ersten Mal seit 30 Jahren als Österreicher und möchte es noch einmal mit diesem wenig hoffnungsvollen Reich versuchen.<<

Pilsudski, der eine Niederlage der Russen erwartete, rief die Polen am 28. Juli 1914 zum Kampf gegen Rußland auf (x064/124). Nach dem russisch-deutsch-österreichischen Krieg hoffte bzw. erwartete man in Polen die Wiederherstellung der polnischen Eigenständigkeit.

Reichkanzler Bethmann-Hollweg teilte der britischen Regierung am Abend des 29. Juli 1914 mit, daß man keinen Gebietserwerb auf Kosten Frankreichs anstrebte, falls England neutral bleiben würde (x063/481).

In der Nacht zum 29. Juli 1914 beschossen österreichisch-ungarische Einheiten der Marine und der Artillerie die serbische Hauptstadt Belgrad (x175/115).

Zar Nikolaus II. schickte am 29. Juli 1914 ein Telegramm an Kaiser Wilhelm II. (x058/283): >>Ich bin froh, daß Du zurück bist. In diesem äußerst ernstesten Augenblick wende ich mich an Dich um Hilfe.

Ein unwürdiger Krieg ist an ein schwaches Land erklärt worden. Die Entrüstung in Rußland, die ich völlig teile, ist ungeheuer. Ich sehe voraus, daß ich sehr bald dem auf mich ausgeübten Druck erliegen und gezwungen sein werde, äußerste Maßnahmen zu ergreifen, die zum Kriege führen werden.

Um ein solches Unheil wie einen europäischen Krieg zu verhüten, bitte ich Dich im Namen unserer alten Freundschaft, alles Dir Mögliche zu tun, um Deinen Bundesgenossen davon zurückzuhalten, zu weit zu gehen.<<

Der russische Zar ordnete aber noch am selben Tag die Teilmobilmachung an, die jedoch nach einem Telegramm Kaisers Wilhelms I. noch einmal gestoppt wurde.

Der deutsche Botschafter in London meldete am 29. Juli 1914 dem Auswärtigen Amt (x056/316): >>Die britische Regierung wünscht, ... solange sich der Konflikt auf Österreich und Rußland beschränke, abseits zu stehen. Würden (Deutschland) aber und Frankreich hineingezogen, so sei die Lage sofort eine andere.<<

Die deutsche Reichsregierung forderte am 30. Juli 1914 den deutschen Botschafter in Wien auf, die österreichische Reichsregierung erstmalig (aber leider viel zu spät) mit allem Nachdruck zur Mäßigung zu bewegen (x058/284): >>... Sasonow (russischer Außenminister)

stellt unmittelbar bevorstehende Mobilmachung nicht in Abrede, meinte daraufhin, daß Rußland zu diesem Schritt von Österreich gezwungen sei, daß aber Mobilmachung noch lange keinen Krieg bedeute.

... Wir können Österreich-Ungarn nicht zumuten, mit Serbien zu verhandeln, mit dem es im Kriegszustand begriffen ist. Die Verweigerung jeden Meinungs austausches mit Petersburg ... würde schwerer Fehler sein, da er kriegerisches Eingreifen Rußlands geradezu provoziert, das zu vermeiden Österreich-Ungarn in erster Linie interessiert ist.

Wir sind zwar bereit, unsere Bündnis pflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Auch in italienischer Frage scheint Wien unsere Ratschläge zu mißachten.

Bitte sich gegen Graf Berchtold (damaliger österreichisch-ungarischer Minister des Äußeren) sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst aussprechen.<<

Der deutsche Generalstabschef telegraphierte (ohne Wissen des deutschen Reichskanzlers) am 30. Juli 1914 an den österreichisch-ungarischen Generalstab (x056/317): >>Russische Mobilisierung durchhalten: Österreich-Ungarn muß erhalten bleiben, gleich gegen Rußland (zu) mobilisieren. Deutschland wird mobilisieren. Italien durch Kompensation zur Bundespflicht zwingen.<<

Der deutsche Reichskanzler telegraphierte am 30. Juli 1914, um 21 Uhr; an den deutschen Botschafter in Wien. Dieses Telegramm wird jedoch um 23.20 Uhr zurückgezogen (x056/317): >>Wenn Wien ... jedes Einlenken ... ablehnt, ist es kaum mehr möglich, Rußland die Schuld an dem ausbrechenden europäischen (Brand) zuzuschieben. ...

(Kaiser Wilhelm) hat auf Bitten des Zaren die Intervention in Wien unternommen, weil er sie nicht ablehnen konnte, ohne den unwiderleglichen Verdacht zu erzeugen, daß wir den Krieg wollten. ...

Glücken England diese Bestrebungen, während Wien alles ablehnt, so dokumentiert Wien, daß es unbedingt einen Krieg will, während Rußland schuld frei bleibt. Das ergibt für uns der eigenen Nation gegenüber eine ganz unhaltbare Situation ...<<

Der französische Diplomat Paul Cambon (1843-1924) schrieb am 30. Juli 1914 aus Berlin an Ministerpräsident Viviani (x245/30-31): >>Einer der Botschafter, mit dem ich die engsten Beziehungen habe, hat um 2 Uhr Herrn Zimmermann gesehen. Nach Aussage des Unterstaatssekretärs dringen die militärischen Behörden sehr darauf, daß die Mobilmachung angeordnet werde, da jede Verspätung Deutschland um einige seiner Vorteile bringe. Doch bis jetzt ist es gelungen, dem Drängen des Generalstabs, der in der Mobilmachung den Krieg erblickt, zu widerstehen. Wie dem auch sei, die Mobilmachung kann von einem Augenblick zum andern beschlossen werden.

Ich weiß nicht, wer in den "Lokal-Anzeiger", ein im allgemeinen halbamtliches Blatt, eine verfrühte Nachricht gebracht hat, die geeignet ist, die Gemüter in Frankreich zu erregen.

Es kommt darauf an, die Mobilmachungsmaßnahmen in Frankreich erst dann zu veröffentlichen, wenn sie in Deutschland mit Sicherheit beschlossen sind, damit die englische öffentliche Meinung, die in den Ereignissen eine so große Rolle spielt, uns nicht irgendeine Initiative zuschreiben kann, die zum Krieg führte.

Ich habe Anlaß zur Annahme, daß alle Mobilmachungsmaßnahmen, die vor der Veröffentlichung des allgemeinen Mobilmachungsbefehls durchgeführt werden können, hier getroffen worden sind. Offensichtlich möchte man erreichen, daß wir unsere Mobilmachung zuerst bekannt geben. Wir dürfen diese Kalkül aber nicht aufgehen lassen und dürfen der Ungeduld nicht nachgeben, die sicherlich in der Presse und der öffentlichen Meinung in Paris entstehen wird.<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die russische Generalmobilmachung vom 30. Juli 1914 (x307/651-652): >>Die russische Generalmobilmachung zählte

zu den schwerwiegendsten Entscheidungen während der Julikrise. Es war bislang die erste Generalmobilmachung. Sie kam zu einem Zeitpunkt, als die deutsche Regierung noch nicht einmal den Status der drohenden Kriegsgefahr ausgerufen hatte, das deutsche Pendant zur russischen Kriegsvorbereitungsperiode, die seit dem 26. Juli in Kraft war.

Österreich-Ungarn steckte seinerseits noch mitten in einer Teilmobilmachung mit dem Ziel, Serbien niederzuwerfen. Später herrschte unter französischen und russischen Politikern wegen dieser Abfolge der Ereignisse ein gewisses Unbehagen.

In dem Orangebuch, das die russische Regierung nach Kriegsausbruch veröffentlichte, um die eigenen Aktionen während der Krise zu rechtfertigen, datierten die Herausgeber den österreichischen Befehl zur Generalmobilmachung zurück, so daß der russische Schritt als reine Reaktion auf andere Entwicklungen erschien.

Ein Telegramm des Botschafters Nikolai Schebeko in Wien vom 29. Juli, indem er erklärte, daß der Befehl zur Generalmobilmachung für den folgenden Tag "erwartet" werde, wurde auf den 28. Juli zurückdatiert und wie folgt umformuliert: "Der Befehl zur Generalmobilmachung ist unterschrieben worden" – in Wahrheit sollte der Befehl zur österreichischen Generalmobilmachung erst am 31. Juli erteilt werden und am folgenden Tag in Kraft treten.

Das französische Gelbbuch ging noch abenteuerlicher mit den Quellen um, indem kurzerhand ein fiktives Kommuniqué des Botschafters Paléologue vom 31. Juli eingefügt wurde, das erklärte, der russische Befehl sei "als Folge der Generalmobilmachung Österreichs" und der "Mobilmachungsmaßnahmen, welche das Deutsche Reich in den vergangenen sechs Tagen heimlich, aber kontinuierlich getroffen" habe, erteilt worden. In Wirklichkeit war Deutschland aus militärischer Sicht während der gesamten Krise eine Insel relativer Ruhe gewesen. ...<<

Weil der russische Truppenaufmarsch an den deutsch-österreichischen Grenzen unvermindert anhielt, erfolgte am 1. August 1914, um 17.00 Uhr, die deutsche Mobilmachung. Gegen 19.00 Uhr wurde die deutsche Kriegserklärung an Rußland übergeben (x056/315). Der Erste Weltkrieg begann als deutsch-russischer Krieg.

Der russische Außenminister Alexander Iswolski (1856-1919) schickte am 1. August 1914 ein Telegramm aus Paris nach Sankt Petersburg (x352/27): >>Frankreichs Kriegsminister, in herzlicher und bester Laune, informierte mich, daß die Regierung sich verbindlich zum Krieg entschieden habe. Er bat mich, der Hoffnung des französischen Generalstabs Ausdruck zu verleihen, daß alle Bemühungen gegen Deutschland gerichtet sein werden. ...<<

Leo Trotzki (1879-1940, eigentlicher Name Leib Bronstein, neben Lenin ein wesentlicher Anführer der russischen Revolution von 1917) schrieb später (im Jahre 1926) über die Rolle der britischen Außenpolitik vom 18. bis zum 20. Jahrhundert (x337/292-293): >>... Im Laufe von drei Jahrhunderten führte England ununterbrochen Krieg, um mit Piratenmethoden andere Nationen zu vergewaltigen, so die Ausplünderung zu verbreiten, sich fremde Reichtümer anzueignen, fremde Handelskonkurrenz zu beseitigen, fremde Seekräfte zu vernichten und die führenden britischen Kreise zu bereichern.

Zur Belehrung seines eigenen Volkes wird die ganze frühere Geschichte Englands, der Doktrin der Nichteinmischung zum Trotz, als die Geschichte des glorreichen Kampfes der britischen Regierung für die Freiheit der ganzen Welt dargestellt.

Jede neue Akt der Kabbala (Geheimlehre) und Vergewaltigung, der Krieg mit China um das Opium, die Versklavung Ägyptens, der Burenkrieg, die Intervention zugunsten der zaristischen Generäle, alle kriegerischen Expeditionen wurden für zufällige Ausnahmen der allgemeinen Regel erklärt. ...

Die englische Demokratie hat doch zum imperialistischen Kriege geführt, und zwar nicht nur in dem Sinne allgemeiner Verantwortung aller kapitalistischen Staaten für den Krieg - nein, im Sinne der direkten und unmittelbaren Verantwortung der englischen Diplomatie, die bewußt und berechnend Europa in den Krieg trieb.

Hätte die englische "Demokratie" erklärt, daß sie auf Seiten der Entente in den Krieg eingreift, hätten wahrscheinlich Deutschland und Österreich-Ungarn den Rückzug angetreten. Hätte England seine Neutralität erklärt, hätten wahrscheinlich Frankreich und Rußland diesen Rückzug angetreten. Aber die britische Regierung hat anders gehandelt: Sie hat heimlich der Entente ihre Unterstützung versprochen.

Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Möglichkeit der Neutralität rechnen lassen und sie irregeführt. So hat die englische "Demokratie" den Krieg provoziert. ...<<

Der deutsche Historiker Theodor Schieder (1908-1984) schrieb später über die Ursachen für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x058/287-288): >>Die Julikrise von 1914, ausgelöst durch die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand in Sarajewo, war kein Ereignis, das eine stabile Ordnung unerwartet störte, sondern ein Vorgang, der inmitten einer Serie von Krisen stand, inmitten eines Prozesses, der einen allgemeinen Zusammenstoß von Tag zu Tag bedrohlicher werden ließ. ...

Im Juli 1914 hatten alle Mächte Ziele allgemeiner und besonderer Art, aber bei keiner läßt sich feststellen, daß sie an sich entschlossen war, um eines dieser Ziele willen einen großen Krieg zu beginnen. Alle Bündnisse und bündnisartigen Verabredungen waren auf den Defensivfall eingestellt. Das bedeutet indessen nicht, daß nicht ein vermeintlich kalkulierbares Risiko ausgespielt wurde, wenn man innerhalb der Gesamtkonstellation der Mächte einen entscheidenden Vorteil zu erringen hoffte.

So hat Österreich-Ungarn durch sein Ultimatum an Serbien vom 23.7.1914 mindestens das Risiko eines lokalen Krieges bewußt auf sich genommen. Es besaß dabei die Zusicherung Deutschlands, daß es selbst im Falle einer ersten europäischen Komplikation auf die volle Unterstützung des Reiches rechnen könne.

Das Deutsche Reich ging mit diesem "Blankoscheck" seinerseits sehenden Auges das Risiko eines umfassenderen kontinentalen Krieges ein.

Es tat dies nicht mit der Absicht, einen Krieg um imperialistischer Ziele willen zu entfesseln, sondern um eine im letzten defensive Strategie anzuwenden, die sich allerdings präventiver Mittel bediente. ...

Der kriegerische Ausgang der Krise ist aber nicht allein durch diese deutsche Haltung, sondern ebenso durch die Entschlossenheit Rußlands, Serbien nicht fallen zu lassen, und die Entschlossenheit Frankreichs, alle Verpflichtungen seiner Allianz mit Rußland zu erfüllen, entschieden worden. ...<<

Der deutsche Historiker Walther Hubatsch (1915-1984) schrieb später über die Ursachen des Ersten Weltkrieges (x056/320): >>Der Ausbruch dieses gewaltigen Ringens stellt sich als ein Bündel von vielerlei Ursachen dar: die großserbische Idee und die innere Schwäche Österreich-Ungarns; der Panlawismus und die alten Expansionsziele Rußlands auf dem Balkan; die Gelegenheit für Frankreich, seine 1870 eingebüßte Position europäisch wieder zu begründen; die englische Sorge vor einer Hegemonialstellung Deutschlands auf dem Kontinent und die Sicherung Belgiens.

Hinzu trat die Furcht (der Deutschen), die Bundesgenossenschaften zu verlieren und dann in der Krise isoliert zu sein; alles dieses bremste die Friedensbemühungen, die zu spät einsetzten und durch die Technik der einander bedingenden Mobilmachung rasch wirkungslos wurden.

...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtete später (am 30.07.1994) in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x887/...):

>>**Vor 80 Jahren begann der "Zweite Dreißigjährige Krieg" Europas**

In Europa gingen die Lichter aus

Am 1. August 1914, nach einer dramatischen Zuspitzung der durch das Attentat von Sarajewo ausgelösten Lage in der "Julikrise", ist der Weltkrieg da.

... Alle fünf involvierten Mächte sahen in der kriegerischen Auseinandersetzung Chancen für politischen und nationalen Gewinn oder doch zumindest eine Abwehr drohender Gefahren für ihren Bestand.

Die Donaumonarchie versprach sich mit einem militärischen Schlag gegen Serbien eine "Bereinigung der balkanischen Zustände" und so das Abbiegen gefährlicher panslawistischer Tendenzen. Deutschland erhoffte sich vom baldigen Waffengang gegen Rußland und Frankreich ein Aufbrechen des Einschließungsringes um das Reich - und dies mit dem verbündeten Österreich und Italien an seiner Seite.

Frankreich erblickte im Krieg gegen Deutschland die lang herbeigesehnte Gelegenheit, sich für die Niederlage von 1871 zu revanchieren und das damals rückerstattete Elsaß-Lothringen erneut zu annektieren. Rußland erwartete sich von einem erfolgreichen Waffengang gegen Deutschland und Österreich eine Ausdehnung seiner Macht nach dem Westen, eine Steigerung seines Einflusses auf dem Balkan und wohl auch die Chance zu einer Zerschlagung der Donaumonarchie.

Und Großbritannien sah die Chance zur Zerstörung der zu mächtig gewordenen Kontinentalmacht Deutsches Reich gekommen, die auch auf den Weltmeeren Flagge zu zeigen begonnen hatte. Optimismus herrschte auf allen Seiten. Entsprechend gedachten die deutschen Frontfreiwilligen "Weihnachten in Paris" zu verbringen und die Briten das Deutsche Reich durch ihre kriegsrechtswidrige Seeblockade alsbald in die Knie zu zwingen. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später (im Juni 2009) über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x878/...):

>>**Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert?**

... **Die Interessen der europäischen Großmächte: Großbritannien, Frankreich, Rußland**

... Es hätte großer und weitsichtiger Staatsmänner bedurft, um Europa in dieser neuen, ungewohnten Lage ohne größere Konflikte und Kriege durch die Krise zu steuern. Nach dem Abgang von Bismarck gab es diese Staatsmänner nicht, nicht in Deutschland, nicht in Paris, nicht in London und auch nicht in St. Petersburg. Großbritannien, Frankreich und Rußland hielten an ihren außenpolitischen Interessen fest, dank denen sie ihre Machstellung erobert und über die Jahrhunderte befestigt hatten. Warum sollten sie ändern, was sich so lange für sie bewährt hatte?

Die Meinung herrschte vor, auch die neuen Interessenkonflikte wie bisher unter Einsatz militärischer Mittel ausfechten zu können. Niemand hatte in den Hauptstädten einen auch nur annähernd realistischen Begriff davon, in welche Katastrophe ein allgemeiner bewaffneter Konflikt Europa stürzen könnte. Nur so ist die europäische Hochrüstung mit ihren Plänen zur Mobilmachung vor 1914 zu verstehen. Es war ein verhängnisvoller Irrtum, wie man heute weiß. Das Deutsche Reich fühlte sich durch die anderen europäischen Mächte, die eine tendenzielle Hegemonie nicht hinnehmen wollten, "eingekreist". Zu Recht oder zu Unrecht, ist nicht so bedeutsam. Was zählt ist Wahrnehmung - und die war nicht nur falsch. Alle europäischen Großmächte fühlten sich vor 1914 in ihren Interessen herausgefordert und bedroht.

Der Krieg brach 1914 aus. Über die politische Verantwortung kann man streiten. Aber das löst das Problem nicht. Es waren die außenpolitischen Interessenkonflikte, die mit diplomatisch-politischen Mitteln von den zeitgenössischen Staatsmännern nicht mehr beherrscht wurden. Jeder fühlte sich im Recht. Natürlich auch das Deutsche Reich. Der Erste Weltkrieg wurde zur Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x283/198-200): >>... Auslöser für den Weltkrieg war das Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 durch serbische Nationalisten in Sarajewo. ...

Wie sie eingestanden, wollten sie damit den Feind der Slawen töten, das Habsburgerreich auf-

lösen und einen "Weltenbrand" entfachen. Mit dieser Prognose verrieten sie mehr Weitblick als die Staatsmänner der Zeit.

Trotz allem hätte die Tat noch nicht zum Kriege führen müssen. Wäre Wien sofort in Belgrad einmarschiert – die Manövertruppen standen ja Gewehr bei Fuß -, und hätte es Genugtuung gefordert und erhalten, dann hätte sich der Konflikt vielleicht nicht hochgeschaukelt. Freilich hätte man ihn wirklich fürchten und nicht heimlich wünschen müssen. ...

Und es kam, wie es kam. Wien stellte Belgrad Forderungen, deren Erfüllung man nicht ernsthaft erwarten konnte und die dort im Vertrauen auf Rückendeckung von Rußland nicht geleistet wurden. Wien erklärte Serbien den Rachekrieg, und Zar Nikolaus sah jetzt seine slawischen Brüder bedroht, er machte mobil.

Der Krieg Rußlands gegen die Mittelmächte stand bevor. Denn Kanzler Bülow in Berlin hatte die Österreicher 1909 der "Nibelungentreue" versichert. Hätte sich das Beistandsversprechen Berlins auf die Verteidigung Deutsch-Österreichs beschränkt, so wäre der nationalen Gefühls politik Genüge geleistet gewesen und Petersburg hätte keinen Anlaß gehabt, gegen Deutschland mobil zu machen.

Bismarck hatte dem Frieden mit Rußland den Vorrang eingeräumt; er wollte, so sagte er auf dem Berliner Kongreß 1878, den Balkaninteressen Wiens die gesunden Knochen nicht eines einzigen pommerschen Musketiers opfern.

Ohne den Krieg mit Deutschland und die Niederlage bei Tannenberg im August 1914 wäre es den Russen vermutlich gelungen, die West- und Südslawen zu befreien, am Ende gar die heißbegehrten Meerengen zu gewinnen.

Hätte eine siegreiche russische Armee die Revolution der Bolschewiki hingenommen? Wohl kaum. Deren Sieg war in dreifacher Hinsicht eine Folge deutscher Politik: zum einen durch die Zermürbung der russischen Armee, sodann durch den Transport Lenins mit der Reichsbahn aus der Schweiz durch Deutschland nach dem damals russischen Finnland; und zum dritten durch die fehlende Hilfeleistung 1918 für die "Weißen", als nach dem Urteil von Kurt Riezler, dem Botschaftsrat in Moskau, der Bürgerkrieg gegen die "Roten" auf der Kippe stand und durch Eingreifen Deutschlands hätte gewonnen werden können.

Ein Vorstoß der Russen ans Mittelmeer hätte London alarmiert und die Kriegsbereitschaft gegen Deutschland vermindert, zumal ein fortdauernder Friede mit Rußland die gesamte deutsche Wehrmacht an der Westgrenze verfügbar gemacht hätte. Frankreich allein hätte keinen Angriff riskiert. Der Konflikt zwischen England und Deutschland wäre vertagt worden und hätte sich am Ende mit der sich abzeichnenden Veränderung der weltpolitischen Gesamtsituation überhaupt erübrigt. Denn der wahre Konkurrent der Briten auf See war ja nicht Deutschland, sondern Amerika. Die USA befanden sich bereits damals auf dem Wege zur führenden Weltmacht. Hat man das in London nicht gesehen oder im Zeichen angloamerikanischer Solidarität in Kauf genommen?

Aber der in Deutschland ebenso gefühlsbestimmte Pakt mit der Donaumonarchie veranlaßte, daß die Nibelungentreue ein zweites Mal zum Untergang führte, wie Kriemhilds Rache lehrt.

Als der Angriff der Russen auf Österreich bevorstand, erklärte Berlin dem Zaren und dann auch Frankreich den Krieg, nachdem dort gleichfalls die Mobilmachung angelaufen war. Die höchst unerwünschte Kriegserklärung aus London folgte. Sie war nicht unbedingt vorauszusehen, da England seit dem Krimkrieg als Gegner Rußlands galt und zwischen Paris und London ein förmlicher Beistandspakt ebensowenig bekannt war wie ein solcher zwischen London und Washington. Es gab eine Kettenreaktion. Jeder Schritt hätte, anders gewählt, den Ausbruch der Feindseligkeiten verzögert, wo nicht verhindert. Das aber war hüben und drüben nicht gewollt. ...<<

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtete später in seinem Buch "Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands" über die Ursachen des Ersten Welt-

krieges (x313/301-307): >>... Wer war für diesen Krieg wirklich verantwortlich?

Folgende Antworten sind darauf von Historikern gegeben worden:

- Verantwortlich waren in erster Linie die Serben und die Österreicher; denn sie entfachten den Weltbrand. Hätte einer von beiden nachgegeben, wäre der Krieg vermieden worden.
- Hätte Rußland sich jedoch nicht hinter Serbien gestellt, wäre der Weltbrand ebenfalls nicht ausgebrochen, der Krieg wäre lokal begrenzt geblieben und hätte nicht viel Schaden angerichtet. Aber der Zar fürchtete die Revolution im eigenen Land. Sein Außenminister Sasonow versuchte, den Krieg zu verhindern, aber die russischen Militärs rieten zum Krieg. ...
- In Deutschland versuchte Bethmann Hollweg verzweifelt, die Österreicher zum Einlenken zu bewegen. Aber die Militärs, an ihrer Spitze Moltke, rieten dem deutschen Kaiser Wilhelm II., sich auf keine Vermittlungsversuche einzulassen. ...

Hätte Wilhelm II. die Österreicher energischer zur Mäßigung gerufen oder sogar das Bündnis mit ihnen in Frage gestellt, wäre der Weltkrieg ebenfalls vermieden worden. ...

- Wie stand es nun um Frankreich? ... Elsaß-Lothringen sollte wieder französisch werden. ... Außerdem wollte man die Vormachtstellung Deutschlands auf dem Festland brechen, ganz davon abgesehen, daß man auch eine bestimmte Kolonialpolitik verfolgte. ...

- England, das zugesagt hatte, die Nordküste Frankreichs zu sichern, stellte Bethmann Hollweg seinerseits ein Ultimatum ... Hätte England zu verstehen gegeben, daß es sich nicht in den Krieg hineinziehen lassen würde, wäre der Weltkrieg möglicherweise ebenfalls verhindert worden. Aber den englischen Militaristen war die Aufrüstung Deutschlands ein Dorn im Auge, speziell der Schiffsbau in Deutschland wurde argwöhnisch beobachtet. Die maritime Überlegenheit Englands schien durch Deutschland gefährdet zu sein. Von vielen Historikern wurde dieser Umstand sogar als Hauptgrund für den Ersten Weltkrieg genannt. Die Briten fürchteten jedenfalls um ihre Vorherrschaft zur See. ...<<

Der schottische Autor Dr. Jim Macgregor schrieb später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/16-17): >>... Auch wenn Clarks Prämisse für einige Deutsche eine Erleichterung darstellen mag - sie ist fehlerhaft und lenkt von der tatsächlichen Wahrheit ab. Wie so oft bei reaktionären Mainstream-Historikern gibt sich Clark als jemand, der tapfer unbequeme Wahrheiten ausspricht, während er tatsächlich jedoch historische Unwahrheiten wiederkaut.

Die Welt ist keineswegs so ahnungslos in die globale Tragödie geschlafwandelt, wie es Clark behauptet, statt dessen wurde sie von einem Geheimbund kriegstreiberischer englischer Bankiers, Industrieller und Blaublüter in einen Hinterhalt gelockt.

Diese Bande hatte den Krieg seit über einem Jahrzehnt vorbereitet, und die Männer wußten, es würde deutlich mehr als einige militärische Erfolge auf dem Schlachtfeld oder einige Gefechte zu See erfordern, um zu gewährleisten, daß Deutschlands Zeiten als moderne, blühende Wirtschafts- und Industriemacht vorüber wären. Von Anfang an war in London auf einen langen, harten Zermürbungskrieg hingearbeitet worden, an dessen Ende das florierende Deutschland in eine ländliche Einöde verwandelt sein sollte. ...<<

Der nordirische Autor Dr. Patrick Walsh schrieb später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/20-25): >>**Schlafwandler? Von wegen!**

Wie Großbritannien seinen Krieg gegen Deutschland plante

Rund um den 100. Jahrestag des Ersten Weltkriegs hat kein Buch so viel Lob eingeheimst wie *Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog* von Christopher Clark. Wie der Titel schon andeutet, erläutert Clark in dem Werk seine These, daß die Nationen Europas wie Schlafwandler in den Krieg hineinstolperten.

Für England gilt das allerdings nicht. Dort war der Krieg über ein Jahrzehnt hinweg geplant und gründlich vorbereitet worden. Und um das herauszufinden, muß man auch nicht extra in irgendwelche Geheimarchive steigen. Allein in den veröffentlichten Schriften und Unterlagen von Lord Hankey, Lord Esher und Henry Wilson - Männern, die im Mittelpunkt der Vorbereitungen und Planungen standen - sowie in den Werken von Archibald Colquhoun Bell, dem offiziellen Historiker der Royal Navy, finden sich hinlänglich Beweise.

Hätte jemand gegenüber diesen Männern erklärt, daß Großbritannien völlig unvorbereitet in den Ersten Weltkrieg geschlafwandelt sei, wären sie vermutlich zutiefst beleidigt gewesen und hätten es als unberechtigten Vorwurf empfunden, sie hätten ihre Pflichten vernachlässigt.

Seiner Frau schrieb Lord Esher (Reginald Baliol Brett) am 26. Februar 1923: "Ich sehe all meine Papiere bezüglich der Vorbereitungen für den Großen Krieg durch. Begonnen hat das 1905/1906. 1908 konnten wir bereits große Fortschritte vorweisen. Das kann ich anhand von Dokumenten belegen."

Nachfolgend ein Auszug aus Lord Eshers Tagebuch vom 4. Oktober 1911. Als Ständiges Mitglied im Committee of Imperial Defence erklärte er Premierminister Herbert Asquith, wie der Staat in den Großen Krieg zu ziehen gedenkt:

"Heute Morgen kam der Premierminister in mein Zimmer, um über die Admiralität zu sprechen. ... Dann sprachen wir über die Pläne des Generalstabs, eine Armee in Frankreich anzulanden. Der Premier ist gegen diesen Plan. Er will nichts davon hören, mehr als vier Divisionen zu entsenden. Das hat er (Kriegsminister Richard) Haldane auch so gesagt.

Ich erinnerte ihn daran, daß allein schon die Tatsache, daß der Plan des Kriegsministeriums im Detail mit dem französischen Generalstab ausgearbeitet wurde (was ja auch stimmt), uns doch gewiß zum Kampf verpflichtet, egal, ob es dem Kabinett gefällt, und daß sich der kombinierte Plan der beiden Generalstäbe behauptet. Es ist schon eine ungewöhnliche Sache, daß unseren Offizieren erlaubt wurde, alle Details zu arrangieren, die Züge, die Landungen, die Aufmarschgebiete usw., wiewohl das Kabinett niemals hinzugezogen wurde.

Ich fragte den Premierminister, ob es seiner Meinung nach möglich wäre, innerhalb von sieben Tagen nach Kriegsausbruch eine britische Streitmacht in Frankreich stehen zu haben angesichts der Tatsache, daß das Kabinett (die Mehrheit seiner Mitglieder) noch niemals von dem Vorhaben gehört hat. Er hält es für unmöglich! ... Alles in allem zeigte der Premierminister, daß er sehr viel über diese Probleme nachgedacht hatte."

An diesem Punkt wurden zwei unterschiedliche Kriegspläne der Admiralität und des Kriegsministeriums verknüpft und miteinander verschmolzen. Außerdem mußten sie zum rechten Zeitpunkt dem Kabinett und dem Parlament enthüllt werden.

Der Premierminister mag seine Zweifel gehabt haben, daß im entscheidenden Augenblick ein derartig geheim vorbereitetes Projekt durch die Maschinerie des parlamentarischen Systems geschleust werden könnte. Aber Esher hatte recht: Alles lief nach Plan, und die Strukturen der britischen Demokratie stellten sich hinter die Vorkehrungen, die diejenigen Teile des Staats, die niemandem Rechenschaft schuldig waren, im Verlauf des vorangegangenen Jahrzehnts getroffen hatten.

Auf der ersten Seite von Band III der Tagebücher und Briefe von Lord Esher prangt ein Zitat von Lord Beaconsfield (Benjamin Disraeli): "Die mächtigsten Männer sind nicht diejenigen, die in der Öffentlichkeit stehen. Die öffentlichen Männer sind verantwortungsbewußt, und ein verantwortungsbewußter Mann ist ein Sklave. Es ist das Privatleben, das die Geschicke der Welt bestimmt." Im August 1914, als Großbritannien ankündigte, für die Demokratie in den Krieg zu ziehen, hat sich das definitiv als zutreffend erwiesen.

Das Committee of Imperial Defence

Der Verteidigungsrat Committee of Imperial Defence (CID) war das Organ, in dem die Planungen für Großbritanniens Feldzug gegen Deutschland erfolgten. Gegründet worden war der

Ausschuß von Premierminister Arthur Balfour auf einen Vorschlag von Lord Esher hin. Im September 1903 bot der Premier Esher die Position des Kriegsministers an, die dieser (wie es seine Art war) ablehnte. Die beiden Männer führten dann einen Schriftwechsel, in dem Esher dem Premierminister Empfehlungen gab, wie er nach dem Schock über den Verlauf des Burenkriegs den Kriegsapparat reformieren könnte.

Daraus entwickelte sich die Idee, das Committee of Imperial Defence ins Leben zu rufen. So übte Esher eine allgemeine Kontrolle auf das Kriegsministerium aus, da ihn sowohl der Premierminister mit vertraulichen Informationen versorgte als auch Sir George Clarke, der erste Sekretär des CID.

Der erste Bericht des Komitees wurde im Januar 1904 abgefaßt, damals noch unter dem Eindruck der Erfahrungen, die man im Krieg gegen die Buren gemacht hatte. Gefordert wurde, daß künftig "eine definitive und auf soliden Daten beruhende Kriegspolitik formuliert werden kann". Offiziell schloß sich Lord Esher dem CID, der in Whitehall Gardens zusammenkam, im Oktober 1905 an.

Das CID wurde vom National Efficiency Movement gefördert. Diese liberal-imperialistische Gruppe setzte sich dafür ein, daß "Spezialisten" die politischen Entscheidungen fällen, denn den gewählten Politikern unterstellte man, aufgrund der Kapriolen der Demokratie nur wenig Fachkenntnisse der Themen zu besitzen, die in ihre Zuständigkeit fallen.

Präsident des CID sollte der Premierminister sein, der "absolut freie Hand bei der Auswahl und Zusammensetzung der Mitglieder" haben sollte. Die wichtigsten Kabinettsmitglieder waren beteiligt, darunter der Schatzkanzler, der Außenminister, der Kriegsminister, der Erste Seelord, der Leiter des Marineaufklärungsdienstes und der Chef des Generalstabs. Aufgrund der Demokratisierungsprozesse in England mußten auch Politiker beteiligt werden.

Nachdem das Komitee anderthalb Jahre lang nur im Embryonalstadium existiert hatte, wurde das CID am 4. Mai 1904 offiziell zum Leben erweckt. Balfour machte das CID zu einer regulären Behörde des Staates mit einem permanenten Sekretariat, in dem Vertreter von Armee und Marine saßen. Sie konnten dafür sorgen, daß eine einheitliche Politik verfolgt wurde.

Ursprünglich sollte dieser Ansatz dazu dienen, das CID vor Liberalen zu schützen, die eine Kursänderung herbeiführen oder das Gremium einschränken wollten. Aber Balfour hätte sich in dieser Hinsicht keinerlei Sorgen machen müssen, denn als 1905/1906 die Regierungsgewalt wechselte, erhielten im neuen Kabinett von Henry Campbell-Bannerman die Liberalimperialisten Richard Haldane und Edward Grey die Schlüsselposten des Kriegsministers und Außenministers. Wahlprozeß und Regierungsbildung zogen sich in die Länge, so daß der Staat ohne politische Einmischung beginnen konnte, sich für dieses Projekt in Stellung zu bringen.

Dabei scheint insbesondere Esher die treibende Kraft gewesen zu sein, und im Zuge der weiteren Treffen war er auch an den politischen Winkelzügen beteiligt, die die "richtigen" Leute (das heißt: diejenigen, die das Projekt guthießen) in die "richtigen" Ämter hievten, von wo aus sie die Dinge vorantreiben konnten.

Balfour mag das CID begründet haben, aber es waren die liberalen Imperialisten, die dem gesamten Vorhaben Sinn und Richtung gaben. Zum Zeitpunkt der Gründung galt Frankreich als der größte Rivale, den Großbritannien in Europa hatte. Das Komitee mußte erst neu auf Deutschland als Widersacher eingestimmt werden. Für diese Sichtweise waren die Liberalimperialisten bereits in der Opposition eingetreten.

Wie die Zukunft aussehen würde, stand Esher klar vor Augen. Am 7. September 1906 schrieb er der Duchess of Sutherland: "... machen es die Gesetze der historischen und ethnographischen Evolution erforderlich, ... daß wir gegen eines der mächtigsten militärischen Imperien kämpfen, das je existierte. Das ist gewiß, und uns bleibt für die Vorbereitung nur sehr wenig Zeit."

Über die Rolle des CID schrieb Esher, es handele sich um ein "Organ, das zu Friedenszeiten

die herrschende Obrigkeit über die für eine voraussichtliche Kriegsführung bestmögliche Vorbereitung berät. Es erfüllt die Aufgaben, die nach allgemeiner Auffassung Carnot für Napoleon leistete." (Graf Lazare Carnot war Frankreichs Kriegsminister unter Napoleon Bonaparte, Anmerkung des Übersetzers)

Die Entente cordiale von 1904 war kaum ein Jahr alt, da hatte sich das Committee of Imperial Defence bereits für die Vorstellung erwärmt, das britische Heer an der Seite des ehemaligen Feindes kämpfen zu lassen. Die Franzosen begriffen die Vereinbarung natürlich als Türöffner für eine militärische Übereinkunft, in deren Mittelpunkt Krieg gegen Deutschland stand. Frankreich wollte auf diesem Weg die Provinzen zurückerlangen, die man nach dem Angriffskrieg von 1870 verloren hatte. ...<<

Die Kriegsbegeisterung im August 1914

Kaiser Wilhelm II. rief "sein Volk" am 4. August 1914 öffentlich zu den Waffen und erklärte feierlich (x073/31): >>... So muß denn das Schwert entscheiden. Mitten im Frieden überfällt uns der Feind. Drum auf! Zu den Waffen! Jedes Schwanken, jedes Zögern wäre Verrat am Vaterlande ...

Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat. In aufgedrungener Notwehr, mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert. An die Völker und Stämme des Deutschen Reiches ergeht mein Ruf, zu verteidigen, was wir in friedlicher Arbeit geschaffen haben.

Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche! Zum Zeichen dessen, daß Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschied, ohne Standes- und Konfessionsunterschied mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod zu gehen, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir dies in die Hand zu geloben.<<

Der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg erklärte am 4. August 1914 im Reichstag (x245/72): >>Wir sind jetzt in der Notwehr; und Not kennt kein Gebot! Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, und vielleicht schon belgisches Gebiet betreten.

Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Das Unrecht - ich spreche offen -, das Unrecht, das wir tun, werden wir wiedergutzumachen versuchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut! ...<<

Die Bevölkerungen der kriegsführenden Staaten wurden damals von einem regelrechten Kriegsfieber erfaßt. In den großen europäischen Hauptstädten Berlin, London, Moskau, Paris und Wien begrüßten Tausende von kriegsbegeisterten Menschen den "gerechten Krieg". Nirgends zeigte sich offener Widerstand gegen den Krieg, denn jedes kriegsbeteiligte Land kämpfte angeblich für eine gerechte Sache.

In Berlin und in Wien sangen die Deutschen patriotische Lieder und meldeten sich in Massen freiwillig zum Kriegseinsatz. Alle Klassen der deutschen Bevölkerung (auch die Sozialdemokraten und sogar der linksradikale Karl Liebknecht) waren damals für diesen vermeintlich gerechten Verteidigungskrieg und zogen bereitwillig für das Vaterland in den Krieg. Die Geistlichen segneten die eingezogenen Soldaten und die Waffen. Die ausrückenden deutschen Truppen sangen forsche, fröhliche Lieder, als ob man nur in ein kurzes Manöver ziehen würde. Die blumengeschmückten Züge wurden von begeisterten Menschenmassen verabschiedet. Überall herrschte damals eine unglaubliche Mischung aus Jubel und großer Zuversicht, daß der Krieg schon bald zu Ende sein würde ("Wieder zu Hause, ehe das Laub fällt ...", "Weihnachten sind wir schon zurück!" ...).

Der spätere britische Kriegsminister David Lloyd George berichtete damals über die Stimmung der europäischen und der englischen Bevölkerung (x041/10): >>Die Bevölkerung wurde vom Kriegsfieber gepackt. In sämtlichen Hauptstädten schrie sie nach Krieg. Die älteren

Staatsmänner bemühten sich mit schwachen Kräften, den Krieg zu verhindern, während die Jugend der untereinander rivalisierenden Länder vor ihren Türen ungeduldig nach dem sofortigen Krieg verlangte. ...

Ich werde nie die kriegslustigen Massen vergessen, die sich in Whitehall versammelten, während das Kabinett über die Alternative Frieden oder Krieg beriet ... (Es fanden sich) zahllose Scharen junger Menschen in Westminster ein, um für den Krieg gegen Deutschland zu demonstrieren.<<

Der "totale Krieg"

Die naiven, romantischen Vorstellungen der Menschen erfüllten sich aber leider nicht, denn im Verlauf des Ersten Weltkrieges entfaltete sich sehr schnell eine neue, völlig unbekannte Kriegsart - der "totale Krieg".

Der Erste Weltkrieg war mit dem letzten französisch-deutschen Krieg von 1870/71 nicht zu vergleichen, denn es entwickelte sich kein "gerechter, heiliger Volkskrieg" mit kurzen Feldschlachten alten Stils. Dieser Krieg wurde kein kurzer Waffengang, sondern ein unerwartet grausamer und mörderischer Grabenkampf, der länger als 4 Jahre dauern sollte. Mit der "Hurra Stimmung" ("Jeder Schuß ein Rus' ", "Jeder Stoß: ein Franzos' " ...) und den patriotischen Liedern war es vor allem im Westen schnell vorbei, denn an der Westfront fanden fast nur erbitterte Stellungskämpfe statt.

Im Ersten Weltkrieg entstand außerdem eine neuartige Kriegsberichterstattung. Um die Kampfkraft der eigenen Soldaten zu erhöhen, verbreiteten die Engländer und teilweise auch die Nordamerikaner zahlreiche Propagandaberichte über die angebliche Grausamkeit der Deutschen. Die Berichte von vermeintlich geschändeten Nonnen und Säuglingen mit abgehackten Händen in Belgien wurden von Historikern zwar nachträglich als eindeutige Lügen entlarvt, aber während des Ersten Weltkrieges glaubte fast jeder Engländer diese böartigen Propagandageschichten, die fast täglich in den Zeitungen veröffentlicht wurden.

Die Greuelgeschichte vom kanadischen Soldaten, den die Deutschen angeblich an einem Scheunentor kreuzigten, bezeichnete der kanadische Kriegsminister Sir Sam Hughes später während einer Parlamentsrede als "glänzend geglücktes Garn", daß von ihm damals gebilligt wurde, um Kriegsfreiwillige anzuwerben (x063/490). Rachsucht, Gewinnstreben, gegenseitige Schmähungen und unwahre Propagandaberichte belasteten noch lange nach Kriegsende die Bemühungen um eine ehrliche Versöhnung und Völkerverständigung.

93 führende deutsche Wissenschaftler und Intellektuelle veröffentlichten im September 1914 ein Manifest gegen die einseitige Greuelpropaganda der Alliierten (x972/...): >>Der Aufruf der 93 "An die Kulturwelt!"

Wir als Vertreter deutscher Wissenschaft und Kunst erheben vor der gesamten Kulturwelt Protest gegen die Lügen und Verleumdungen, mit denen unsere Feinde Deutschlands reine Sache in dem ihm aufgezwungenen schweren Daseinskampfe zu beschmutzen trachten. Der eherne Mund der Ereignisse hat die Ausstreuung erdichteter deutscher Niederlagen widerlegt. Um so eifriger arbeitet man jetzt mit Entstellungen und Verdächtigungen. Gegen sie erheben wir laut unsere Stimme. Sie soll die Verkünderin der Wahrheit sein.

Es ist nicht wahr, daß Deutschland diesen Krieg verschuldet hat. Weder das Volk hat ihn gewollt noch die Regierung noch der Kaiser. Von deutscher Seite ist das Äußerste geschehen, ihn abzuwenden. Dafür liegen der Welt die urkundlichen Beweise vor. Oft genug hat Wilhelm II. in den 26 Jahren seiner Regierung sich als Schirmherr des Weltfriedens erwiesen; oft genug haben selbst unsere Gegner dies anerkannt. Ja, dieser nämliche Kaiser, den sie jetzt einen Attilla zu nennen wagen, ist jahrzehntelang wegen seiner unerschütterlichen Friedensliebe von ihnen verspottet worden. Erst als eine schon lange an den Grenzen lauernde Übermacht von drei Seiten über unser Volk herfiel, hat es sich erhoben wie ein Mann.

Es ist nicht wahr, daß wir freventlich die Neutralität Belgiens verletzt haben. Nachweislich waren Frankreich und England zu ihrer Verletzung entschlossen. Nachweislich war Belgien damit einverstanden. Selbstvernichtung wäre es gewesen, ihnen nicht zuvorzukommen.

Es ist nicht wahr, daß eines einzigen belgischen Bürgers Leben und Eigentum von unseren Soldaten angetastet worden ist, ohne daß die bitterste Notwehr es gebot. Denn wieder und immer wieder, allen Mahnungen zum Trotz, hat die Bevölkerung sie aus dem Hinterhalt beschossen, Verwundete verstümmelt, Ärzte bei der Ausübung ihres Samariterwerkes ermordet. Man kann nicht niederträchtiger fälschen, als wenn man die Verbrechen dieser Meuchelmörder verschweigt, um die gerechte Strafe, die sie erlitten haben, den Deutschen zum Verbrechen zu machen.

Es ist nicht wahr, daß unsere Truppen brutal gegen Löwen gewütet haben. An einer rasenden Einwohnerschaft, die sie im Quartier heimtückisch überfiel, haben sie durch Beschießung eines Teils der Stadt schweren Herzens Vergeltung üben müssen. Der größte Teil von Löwen ist erhalten geblieben. Das berühmte Rathaus steht gänzlich unversehrt. Mit Selbstaufopferung haben unsere Soldaten es vor den Flammen bewahrt. - Sollten in diesem furchtbaren Kriege Kunstwerke zerstört worden sein oder noch zerstört werden, so würde jeder Deutsche es beklagen. Aber so wenig wir uns in der Liebe zur Kunst von irgend jemand übertreffen lassen, so entschieden lehnen wir es ab, die Erhaltung eines Kunstwerks mit einer deutschen Niederlage zu erkaufen.

Es ist nicht wahr, daß unsere Kriegführung die Gesetze des Völkerrechts mißachtet. Sie kennt keine zuchtlose Grausamkeit. Im Osten aber tränkt das Blut der von russischen Horden hingeschlachteten Frauen und Kinder die Erde, und im Westen zerreißen Dumdumgeschosse unseren Kriegern die Brust. Sich als Verteidiger europäischer Zivilisation zu gebärden, haben die am wenigsten das Recht, die sich mit Russen und Serben verbünden und der Welt das schmachvolle Schauspiel bieten, Mongolen und Neger auf die weiße Rasse zu hetzen.

Es ist nicht wahr, daß der Kampf gegen unseren sogenannten Militarismus kein Kampf gegen unsere Kultur ist, wie unsere Feinde heuchlerisch vorgeben. Ohne den deutschen Militarismus wäre die deutsche Kultur längst vom Erdboden getilgt. Zu ihrem Schutze ist er aus ihr hervorgegangen in einem Lande, das jahrhundertlang von Raubzügen heimgesucht wurde wie kein zweites. Deutsches Heer und deutsches Volk sind eins. Dieses Bewußtsein verbrüderet heute 70 Millionen Deutsche ohne Unterschied der Bildung, des Standes und der Partei.

Wir können die vergifteten Waffen der Lüge unseren Feinden nicht entwenden. Wir können nur in alle Welt hinausrufen, daß sie falsches Zeugnis ablegen wider uns. Euch, die Ihr uns kennt, die Ihr bisher gemeinsam mit uns den höchsten Besitz der Menschheit gehütet habt, Euch rufen wir zu:

Glaubt uns! Glaubt, daß wir diesen Kampf zu Ende kämpfen werden als ein Kulturvolk, dem das Vermächtnis eines Goethe, eines Beethoven, eines Kant ebenso heilig ist wie sein Herd und seine Scholle.

Dafür stehen wir Euch ein mit unserem Namen und mit unserer Ehre!<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Greuelpropaganda" (x051/225): >>Greuelpropaganda (-hetze, -märchen), Bezeichnung für bewußte Falschmeldungen über Verbrechen des Gegners im Krieg.

Im Prinzip schon immer ein Mittel der psychologischen Kriegführung, wurde Greuelpropaganda im Ersten Weltkrieg insbesondere auf alliierter Seite so massiert eingesetzt, daß die Glaubwürdigkeit erheblich litt und damit die beabsichtigte Wirkung ausblieb oder gar in das Gegenteil umschlug, wenn offenkundige Lügen entlarvt wurden.

Bekannteste Beispiele waren die Behauptung, deutsche Soldaten hätten – auf ausdrückliche und detaillierte Anweisung Kaiser Wilhelms II. – belgischen Kindern die Hände abgehackt, sie vergewaltigt und gefoltert, oder z.B. die Meldung des "Daily Telegraph" vom März 16,

Österreicher hätten 700.000 Serben vergast (sic!).

Diese Greuelpropaganda sollte sich im Zweiten Weltkrieg als beste Tarnung der SS für den Völkermord der Endlösung erweisen. Noch im Sommer 44 weigerten sich höchste alliierte Stellen (u.a. J. Pehle, Direktor des US-Kriegskomitees für Flüchtlinge) mit Hinweis auf die Greuelpropaganda, Meldungen über Gaskammern in Auschwitz zu glauben. Verzweifelte Zeugen wie Gerstein stießen auf eine Mauer des Unglaubens, die durch die Ungeheuerlichkeit der Berichte nur stabiler wurde; deutsche Dementis waren wesentlich erfolgreicher. Die verhängnisvollen Folgen der Greuelpropaganda sind bis in die neonazistische Szene zu spüren (Auschwitzlüge).<<

Die US-Neutralität im Ersten Weltkrieg

Die US-Wirtschaft belieferte die Westmächte bereits seit etwa 1915 mit Kriegsgütern, denn ein Sieg der Mittelmächte würde angeblich die großen US-Kapitalanlagen in England und Frankreich gefährden.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die US-Neutralität im Ersten Weltkrieg (x068/175-176): >>... Die Gelegenheit war nun einmal gut, war besser als die Moral. Die halbe Welt befand sich im Krieg, im Krieg gegen das böse, das wilhelminische, das kaiserliche Deutschland, das im übrigen, ganz wie die "demokratischen" USA, eine wirtschaftliche und machtpolitische Expansion erstrebte.

Und Woodrow Wilson hatte es schon 1912 als den gefährlichsten Rivalen im Welthandel ausgemacht, als größere Konkurrenz selbst als das gleichfalls expansionslüsterne Japan oder die alten Großmächte England und Frankreich. Auch andere Vielvermögende in den Staaten dachten so. Schon 1915 bildeten sich deshalb nationale Verteidigungsorganisationen ...

Dazu paßt, daß Wilson zunächst den Banken verbietet, den Alliierten Geld zu leihen, im Herbst 1915 den Bankiers aber mitteilt, er könne Anleihen offiziell zwar nicht billigen, werde aber nichts gegen sie unternehmen – nachdem US-Banken schon seit September über eine 500 Millionen Dollar-Anleihe an England und Frankreich verhandeln.

Dazu paßt, daß Oberst House, Wilsons Graue Eminenz, nach einer Unterredung mit Aristide Briand (Friedensnobelpreis 1926) am 9. Februar 1916 an Präsident Wilson schreibt. Wir einigten uns schließlich dahin, daß sie nicht intervenieren würden, wenn die Alliierten im Frühjahr und Sommer nennenswerte Erfolge hätten. Wenn dagegen die Flut des Krieges gegen sie ginge oder sich nicht veränderte, würden sie intervenieren."

Dazu paßt, daß Bryan-Nachfolger Außenminister Lansing um die Jahreswende 1916/17 im Gespräch mit dem französischen Botschafter Jusserand die Alliierten zu einer verschärften Ablehnung des Friedens zu veranlassen sucht.

Dazu paßt, daß bereits damals in der Mitte des Krieges, der US-Handel mit den Mittelmächten gegenüber 1914 auf weniger als ein Drittel gesunken, der mit den Alliierten aber um das Vierfache gestiegen ist, von 800 Millionen auf 3 Milliarden Dollar.

Ganz klar, daß Deutschland sich gegen die enormen amerikanischen Lieferungen an seine Kriegsgegner wehren muß. Es erklärt im Februar 1915 die See um Großbritannien und Irland als Kriegsgebiet und kündigt die Versenkung feindlicher Handelschiffe an. Bald darauf werden amerikanische Reisende durch Deutschland in einer New Yorker Zeitung ausdrücklich vor Fahrten in britischen Gewässern gewarnt.

Die USA verstehen dies als eine Verletzung der Neutralität – aber natürlich nicht ihre Kriegslieferungen an Deutschlands Gegner. Und nachdem bis März 1917 deutsche U-Boote 5 US-Schiffe versenkt haben, betreibt Wilson im Kongreß die Kriegserklärung an Deutschland.<<

Anstatt Frieden mit Rußland zu schließen, der damals durchaus möglich war, aber von der deutschen Heeresleitung abgelehnt wurde, gründeten die Mittelmächte am 5. November 1916 das Königreich Polen. Diese politisch und militärisch falsche und sinnlose Entscheidung führ-

te zum Abbruch der deutsch-russischen Friedensverhandlungen, denn Rußland war nicht bereit, Polen aufzugeben.

Nach der Eroberung Rumäniens gab die deutsche Regierung am 12. Dezember 1916 ein Friedensangebot der Mittelmächte an die Entente ab.

Gleichzeitig ersuchte die deutsche Regierung den nordamerikanischen Präsidenten Thomas W. Wilson (1856-1924), einen allgemeinen Frieden zu vermitteln (x092/752): >>Der furchtbarste Krieg den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit 2 ½ Jahren in einem großen Teile der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht hat aufhalten können, bringt die Menschheit um ihre wertvollsten Errungenschaften. ...

Deutschland und seine Verbündeten Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei haben in diesem Kampfe ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen. ...

Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und politischen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, gleichfalls aber auch von dem Wunsche beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. ...<<

Das Deutsche Reich verzichtete am 26. Dezember 1916 auf die Nennung von konkreten Friedensbedingungen, weil die französisch-britischen Bedingungen für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn unannehmbar waren.

Die Entente lehnte am 30. Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 ab, da keine konkreten Friedensbedingungen genannt wurden. Angesichts der "Bedrohung der Freiheit" hielt der französische Außenminister Aristide Briand (1862-1932) allein schon das Wort Frieden für frevelhaft (x041/68). Briand, der im Jahre 1926 mit Gustav Stresemann den Friedensnobelpreis erhielt, strebte eigentlich erst ab 1925 eine Verständigung mit Deutschland an.

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches" über die Ablehnung der deutschen Friedensvorschläge (x340/11-12): >>... Alle deutschen Angebote zwecks eines Ausgleichsfriedens wurden von den verantwortlichen Entente-Politikern umgehend abgelehnt. Sie konnten nicht anders, denn um die Blüte ihrer Jugend für die wirtschaftlichen Interessen weniger auf die Schlachtfelder treiben zu können, hatten sich Frankreichs und Englands Politiker bis zum letzten Penny bei amerikanischen Banken und Investoren verschulden müssen.

Ihnen drohte im Falle eines deutschen Sieges oder eines Ausgleichsfriedens der Bankrott. Die USA waren deshalb 1917 in den Weltkrieg auf Seiten der Gegner Deutschlands eingetreten, um ihre Investitionen zu retten.<<

Die deutsche Reichsregierung informierte die USA am 31. Januar 1917 über den Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges (ab 1. Februar 1917). Obwohl der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg ausdrücklich vor den Folgen eines unbeschränkten U-Boot-Krieges warnte, setzten sich die Befehlshaber der deutschen Kriegsmarine und hauptsächlich General Ludendorff durch ("letzte Trumpfkarte"). Danach wurde ab 1. Februar 1917 jedes Schiff angegriffen, das sich der britischen und französischen Küste näherte. Die Rechnung der deutschen Heeresleitung ging jedoch nicht auf, denn nach der Versenkung mehrerer US-Handelsschiffe (Waffentransporter), führte der verhängnisvolle deutsche U-Boot-Krieg schließlich zum nordamerikanischen Kriegseintritt (6.04.1917).

Nordamerika griff in erster Linie aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg ein.

Präsident Wilson erklärte am 2. April 1917 während einer Rede vor dem US-Kongreß (x056/-137): >>... Der gegenwärtige deutsche U-Bootkrieg gegen den Handelsverkehr ist ein Krieg

gegen die Menschheit. ...

Unser Ziel ist es, die Grundsätze des Friedens und der Gerechtigkeit gegen selbstüchtige und autokratische Gewalt zu verteidigen. ...

Das Recht ist kostbarer als der Friede, und wir werden für die Dinge kämpfen, die unseren Herzen immer am nächsten waren - für die Demokratie, ... für die Rechte und Freiheiten kleiner Nationen, für eine weltumspannende Herrschaft des Rechts durch ein Konzert freier Völker, das Frieden und Sicherheit für alle bringen und schließlich die Welt selbst befreien wird.

...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Kriegseintritt der USA im Jahre 1917 (x068/183-187): >>... Eine wichtige, vielleicht sogar entscheidende Rolle für den Kriegseintritt der USA - wovon man freilich nur sehr selten etwas liest - spielt das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., genauer ein Bankkollektiv unter seinen Leitern Jakob H. Schiff, den (besonders bedeutsamen) Brüdern Paul M. Warburg (gest. 1924) und Felix M. Warburg (gest. 1938), der u.a. an den europäischen Rothschildbanken beteiligt war, den Bankiers Otto H. Kahn, Mortimer Schiff, Jerome H. Hanauer sowie einem Mitglied der Guggenheim-Familie, an deren Spitze der "Kupferkönig" stand.

Das Bankhaus, im späten 19. Jahrhundert von jüdischen Einwanderern aus Deutschland gegründet, war mit seinen führenden Köpfen den (durchschnittlichen) Politikern weit überlegen, teilweise sogar hochgebildet, was besonders für die Warburgs gilt, die auch namhafte Vertreter des geistigen Lebens stellten, den Kunst- und Kulturhistoriker Aby Warburg, den Begründer der Warburg-Bibliothek (erst in Hamburg, seit 1933 in London); den Botaniker Otto Warburg; den Zellphysiker und Nobelpreisträger (1931) Otto Heinrich Warburg.

Die Bankiers des Kapitalkollektivs waren Großspekulanten, vielleicht ein bißchen "bescheidener" sogar als andere, aber sicher auch ein bißchen klüger und glücklicher. Im Schatten der Topfiguren des Metiers machten sie zunächst ihre Manöver, Transaktionen. Im dubiosen, undurchsichtigen Bereich des großen Geldes entwickelten sie Strategien, Spekulationen, verfolgten sie in den diversen Verzweigungen der Hochfinanz zwischen Risiko und Reiz, Verlockung und Gefahr, ihren Vorteil, schnappten die Beute und verschlangen sie.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts rivalisierte Jakob H. Schiff, samt den Harrimans, mittels einer "berühmten" Aktienspekulation auf Eisenbahnen scharf mit dem "Finanzkönig" John Piermont Morgan I. Es wurde ein zwar unentschieden bleibender Fischzug, bei dem nur das breite Publikum verlor, aber Jakob H. Schiff hatte den Star aller Spekulanten beeindruckt. In künftigen Pokerrunden der Spitzenbanker rückten er und sein Kollektiv dem Riesen näher; bis 1917 der entscheidende Coup gelang, die dauernde Verbindung mit Morgan & Co., dem größten Finanzkonzern der Welt, wodurch man selbst einen Giganten wie Rockefeller mit der Standard Oil, die bisher größte globale Vermögensakkumulation, hinter sich ließ.

Trotz seiner gewaltigen Geldmacht war Morgan in der Vorkriegszeit, wie so viele, in zunehmende Schwierigkeiten geraten, in Prestigeverlust, vor allem durch das Fiasko einer Kartellierung diverser Eisenbahnunternehmen, das ungezählte Tausende um ihr Geld gebracht hatte, eine groß angelegte Gaunerei, für die jetzt der Kriegsausbruch in Europa verantwortlich gemacht worden ist. Auch sonst erwies sich das Gemetzel jenseits des Ozeans als großes Glück für den US-Geldhai, der als "offizieller Finanzagent der Alliierten" die Millionen nur so schaffelte.

Als aber die vermittelten Kredite bis auf eineinhalb Milliarden geklettert waren und die deutschen Kriegserfolge schwindelnde Summen in Rauch aufzulösen schienen, Morgan auch sonst Kummer hatte, u.a. über den Absatz von Eisenbahnaktien im Wert von 400 Millionen Dollar (schon der hl. Augustinus hatte beredt die von Sorgen gequälten Reichen geschildert - und den Armen die "arbeitsreiche Armut" empfohlen), da mußte Morgan handeln.

Er akzeptierte jetzt die Partnerschaft seines zähen Konkurrenten Kuhn, Loeb & Co., wobei

Jakob H. Schiff zur Erreichung seines Zieles die eventuelle Finanzierung Deutschlands bei Wilson ins Spiel gebracht hatte und mit dem Präsidenten umgesprungen war "wie mit einer Figur auf dem Schachbrett". Und den nächsten Zug sozusagen machte dann Schiffs Partner Morgan oder, genauer, der von diesem für ein Jahresalär von 25.000 Dollar gekaufte amerikanische Gesandte in London, Walter Hines Page.

Der bestochene Diplomat schickte seinem Präsidenten am 5. März 1917, einen Monat vor der Kriegserklärung an Deutschland, aus London jene berühmte Depesche, worin er den Kriegseintritt der USA für unerlässlich hielt zur Rettung der Alliierten, des amerikanischen Geldes und der amerikanischen Wirtschaft; andernfalls folge der augenblickliche Zusammenbruch.

Nun verlangten seinerzeit die USA - die ja ohnedies das größte Geschäft, bei weitaus geringsten Verlusten, durch das allgemeine Schlachten machten und gerade dadurch zur Weltmacht aufstiegen (und England entthronten) - für ihre Hilfe noch einen ganz speziellen Preis. Und dieser spezielle Preis, den man von Großbritannien für die amerikanische Kriegsbeteiligung forderte, bestand in der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina. Nach Absprache mit Chaim Weizmann, dem nachmaligen Staatspräsidenten Israels (1948-1952), sicherte der britische Außenminister Earl of Balfour ein "national home" in Palästina zu, wobei freilich alle politischen, rechtlichen, rassischen und religiösen Interessen der dortigen nichtjüdischen Bevölkerung strikt gewahrt werden sollten. Am 2. November 1917 wurde die Balfourdeklaration veröffentlicht.

Hinter diesem ganzen so folgenschweren Projekt aber standen Männer und Mächte, die zu den einflußreichsten Beratern des amerikanischen Präsidenten zählten. Eine so markante Figur etwa im Obersten Gericht wie Louis Dembitz Brandeis. Oder Amerikas früherer Botschafter in der Türkei, Henry A. Morgenthau.

Vor allem aber das Bankhaus Kuhn, Loeb und seine Partner, besonders der Finanzmagnat Bernard M. Baruch, an den zu erinnern auch in anderem Zusammenhang nützlich ist. ...

Der Wallstreet-Bankier Bernard M. Baruch gehörte zum Kreis der Partner des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. Er war zugleich aber mit dem "Kupferkönig" Guggenheim verbunden, dem Mitglied einer von St. Gallen nach den USA ausgewanderten jüdischen Familie. Und er war ein enger Freund und Berater Präsident Wilsons. Seit Amerikas Kriegseintritt leitete Baruch das Kriegsindustrieamt (War Industry Board) und war damit verantwortlich für alle wirtschaftlichen Leistungen der Kriegsindustrie, natürlich auch für den Kauf von Kriegsmaterial. Er hat von sich selbst gesagt, mehr Macht besessen zu haben als je eine Einzelpersonlichkeit in der Geschichte, und später vor dem Senat bekannt, daß 10 Milliarden Dollar zur Finanzierung des Sieges über Deutschland durch seine Hand gegangen seien.

Auch durch die Hände einiger, die ihn unterstützten.

Einiger Wirtschaftskapitäne beispielsweise, die stracks ihre Fabriken aufgaben, einstweilen sie ihrem Management überließen, um gleichfalls die Millionen und Milliarden durch ihre Finger gleiten zu lassen; sie zu verteilen für Arbeitskräfte, Aufträge, Dringlichkeitsunterstützungen. Alles aus purem Patriotismus, versteht sich, reinem Pflichtgefühl, edler Selbstlosigkeit, wie denn schon ihre Benennung sagte, "dollar a year men". Arbeiteten sie doch, man denke, für einen einzigen Dollar pro Jahr - und niemals dürfte eine geringere Bezahlung mehr eingebracht haben.

Nun war von kriegsentscheidender Bedeutung neben dem Stahl vor allem das Kupfer - im Zweiten Weltkrieg errechnete man, daß ein einziges Schlachtschiff 1.000 Tonnen Kupfer benötigte. Baruch aber hatte schon vor dem Kriegseintritt der USA ein Syndikat von Kupferproduzenten gebildet, dem drei Guggenheim angehörten, die gleichsam über das Kupferkönigtum der Welt fast allein geboten. Und so kauften die USA während des Ersten Weltkrieges von Kupferlieferanten durch Baruch, den Chef des Kriegsindustrieamtes und Schatzkanzler der

Guggenheim, mehr als 660 Millionen Pfund Kupfer; zunächst, gegenüber den Gesteungskosten, für die Verkäufer mit hundert-, dann mit zweihundertprozentigem Gewinn.

Die Stahlerzeugung aber war durch raffinierte Transaktionen größtenteils in den Besitz von Morgan & Co. gelangt und, zumal im Krieg, ebenfalls eine märchenhafte Geldquelle. Es ist klar, daß die US-Finanzgiganten gar kein Interesse an einer raschen Niederlage Deutschlands hatten. Je länger es blutete, desto mehr verdienten sie. In diesem Sinn animierte denn auch Morgans maßgeblicher Mann, Thomas Lamont, die Präsidenten der Wallstreet-Banken, den Krieg zu verlängern.

Eben damit war ihnen aber einer bereits zuvorgekommen: Jakob H. Schiff, dessen Interesse im Besonderen dem deutsch-russischen Konflikt galt. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Rolle der USA während des Ersten Weltkrieges (x283/202-203): >>... Schon die Versenkung der britischen Lusitania am 7. Mai 1915 – sie hatte Passagiere und, wie die seit 1986 einsehbaren Ladelisten bestätigen, Munition für England an Bord – durch ein deutsches U-Boot ließ die deutschfeindliche Stimmung hochkochen, die seit Kriegsbeginn in den Staaten vorherrschte.

Der Propaganda-Effekt der Lusitania-Episode war enorm. Der aus Kursänderungsbefehlen abgeleitete Verdacht, daß die britische Admiralität die Versenkung bewußt in Kauf genommen, vielleicht sogar provoziert hat, um Deutschland in der Welt anzuprangern, wird dadurch genährt, daß die Unterlagen im British Naval Intelligence Department noch immer geheimgehalten werden.

Danach drohte Präsident Wilson mit der Kriegserklärung, falls der uneingeschränkte U-Boot-Krieg nicht eingestellt würde. Daraufhin gab Kanzler Bethmann-Hollweg im September 1915 nach. Aus Furcht vor Amerika wurde die Schlinge um den Hals der Briten gelockert.

Das aber scheint nach der Analyse von Robert O'Connell ein Fehler gewesen zu sein. Er hat 2001 gezeigt, daß die USA damals auf einen Kriegseintritt noch nicht vorbereitet waren, England hingegen, von der Zufuhr über See abgeschnitten, vor der Hungerkatastrophe stand. Bevor die USA wirksam hätten eingreifen können, wäre durch einen nachhaltigen Einsatz der Torpedowaffe London 1916 gezwungen gewesen, Frieden zu schließen, der dann auch den Eingriff Washingtons erübrigte hätte.

Die von O'Connell angenommenen innenpolitischen Voraussetzungen für einen maßvollen Verständigungsfrieden mit Deutschland auch durch Frankreich und Rußland – Rücktritt der Regierungen aufgrund von Unruhen im Lande - stehen auf schwachen Füßen, doch wenn wir die Annahmen akzeptieren, faszinieren die Folgen. Die Turbulenzen der anschließenden Jahrzehnte in Europa entfielen ...

Ohne die massive moralische, materielle und zuletzt auch militärische Unterstützung der Entente durch Washington wäre es vermutlich so wie mit den Russen im Osten bei Brest-Litowsk auch mit den Gegnern im Westen nach der Schlacht um Verdun zu einem Erschöpfungsfrieden gekommen.

Das im Dezember 1916 unterbreitete Friedensangebot von Bethmann-Hollweg wäre angenommen worden – so meinte jedenfalls später Churchill. Man hätte im wesentlichen die Vorkriegslage wiederhergestellt, aber einräumen müssen, daß die Kriegsoffer nichts gebracht haben. Die Verluste durch eine Fortsetzung des Krieges, Versailles und alle Folgen wären unterblieben. Dies erfordert allerdings die Zusatzannahme, daß jenes Patt die Entscheidung nicht einfach vertagt hätte, die 1914 gesucht worden war. Ein erneuter Ausbruch des Konfliktes wäre denkbar, so wie er 1939 ja tatsächlich stattgefunden hat.

Aber auch eine günstigere Folge jenes damals möglichen aber unterbliebenen Friedens kommt in Frage. Deutschland hätte eine konstitutionelle Monarchie bleiben können – allerdings mit der unter Max von Baden 1918 durch den Krieg bewirkten, im Frieden wohl verzögerten Parlamentarisierung. Die Aussichten der Donaumonarchie wären weniger günstig gewesen. sie

hätte sich nach englischem Beispiel in ein Commonwealth verwandeln müssen. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 18.04.2009) (x887/...): >>>Die Geheimnisse der "Lusitania"

Wer wollte 1915 den Kriegseintritt der USA? - Weit mehr Munition an Bord - Das Rätsel der zweiten Explosion

Im Dezember 2008 wurde bei Tauchgängen am Wrack der "Lusitania" eine erhebliche Menge an Kriegsmunition gefunden, durch die nun ein neues Licht auf die Geschichte des Ersten Weltkriegs fällt.

Der britische Passagierdampfer "Lusitania" wurde am 7. Mai 1915 von einem deutschen U-Boot versenkt. Dabei kamen 128 US-amerikanische Passagiere um, was zu einer gigantischen Propagandakampagne führte und damit wesentlich zum (offiziellen) Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika auf britisch-französischer Seite beitrug. Durch dieses Eingreifen der USA wurde der Sieg der Westmächte gegen Deutschland überhaupt erst möglich.

Wie andere britische Schiffe auch transportierte die insgeheim militärisch ausgerüstete und verwendete "Lusitania" seit längerem illegal Rüstungsgüter aus den USA nach Großbritannien. Sie stellte daher ein kriegsrechtlich legitimes Angriffsziel für die deutsche Marine dar. Der deutsche Angriff geschah, nachdem Berichte über die militärische Ladung durchgesickert waren. Er wurde vom deutschen Konsulat in New York landesweit in den USA annonciert, ja sogar allen Passagieren des Schiffs persönlich vor dem Auslaufen mitgeteilt und war daher allgemein bekannt. Dennoch nahmen über 1.000 Passagiere das Wagnis auf sich - vor allem ärmere Amerikaner, die speziell vor dieser Fahrt und auf Anregung des damaligen britischen Marineministers Winston Churchill mit ermäßigten Preisen gelockt worden waren.

Den angelsächsischen Politikern ging es bei dieser Fahrt bald weniger um die Verschiffung von dringend benötigtem Kriegsgut als um einen Vorwand für einen US-amerikanischen Kriegseintritt. Churchill hatte in Absprache mit der US-amerikanischen Kriegspartei den Geleitschutz für die "Lusitania" abgezogen und das Schiff gezielt weg von einer sicheren Route und in den Aktionsraum des deutschen U-Bootes U 20 gelenkt, um so seine gewünschte Versenkung herbeizuführen. Nach dem Untergang des Schiffs wurde dann sogar das britische Rettungsschiff, das sich bereits in Sichtweite der Schiffbrüchigen befand, von der Marine zurückbeordert, ohne einen einzigen Menschen zu retten.

Insgesamt kamen so 1.198 Menschen ums Leben, darunter Dutzende Prominente, was man nun der deutschen Kriegsführung anlastete. Die britischen und amerikanischen Kriegstreiber behaupteten nämlich trotz einschlägiger Ladungslisten, die "Lusitania" habe überhaupt keine Kriegsgüter geladen, so daß ihre Versenkung ein Kriegsverbrechen sei. Dieser Argumentation folgte bald auch der US-Präsident, wodurch der Erste Weltkrieg seinen für Deutschland tragischen Verlauf nahm.

Nach einer langen Vorlaufzeit ist es mittlerweile gelungen, die offiziell weiterhin umstrittene Natur der Ladung ein Stück weit aufzuklären. Der US-amerikanische Unterwasser-Archäologe und frühere Marinetaucher F. Gregg Bernis jr. hatte das Wrack zwischen 1968 und 1982 von einer britischen Kriegsrisiko-Versicherung erworben und sich seine Rechte in den folgenden 15 Jahren in umfangreichen Verfahren in den USA, Großbritannien und Irland juristisch bestätigen lassen. Versuche der irischen Regierung, das in ihren Hoheitsgewässern liegende Wrack kurz vor einer geplanten Tauchaktion Bernis' als vermeintliches "Nationalerbe" zu deklarieren und damit jede Betauchung zu verbieten, konnte Bernis 2007 nach langem gerichtlichen Tauziehen vereiteln.

Im Dezember 2008 konnte der mittlerweile über 80jährige Bernis erstmals durch die Behörden streng reglementierte Tauchgänge durchführen. Diese Rechte umfassen ausschließlich die Anfertigung von Bildern, wobei Bernis der einzige ist, der das Schiff mit seinen Händen berühren darf - und dabei immer zusammen mit ihm amtlich zugewiesenen irischen Archäolo-

gen vorgehen muß.

Bereits bei den ersten Tauchgängen wurden über 400 Millionen Patronen für britische Kriegswaffen allein in den Bereichen des Schiffes gefunden, die laut allen bisherigen Angaben völlig ladungsfrei waren. Im Gegensatz zu anderen Arealen, in denen laut Ladungspapieren - ungekühlt - Milchprodukte und sogar Austern für die britische Armee transportiert worden sein sollen, standen diese Teile des Schiffes bisher noch nicht einmal im Verdacht, Rüstungsgüter zu haben.

Die irischerseits festgestellten Versuche der britischen Marine in den 50er Jahren, das Schiff in illegalen Kommandoaktionen zu sprengen, haben also offenkundig nicht zum gewünschten Ziel geführt. Allerdings hätten sie den Schiffskörper, so irische Quellen, "zerlöchert wie einen Schweizer Käse". Zudem wurden das gesamte Wrack und seine Umgebung von der Royal Navy vermint, um eventuelle Tauchaktionen zu behindern.

Hauptziel von Bernis' Bemühungen bleibt allerdings die Klärung der Frage, was die von den Überlebenden beschriebene zweite Explosion des Schiffes nach seinem Beschuß verursacht hat. Die Antwort ließe wohl weitere Rückschlüsse über den militärischen Wert der Ladung der "Lusitania" zu. Aller Wahrscheinlichkeit nach befanden sich nämlich neben der nun sozusagen zufällig gefundenen Munition auch erhebliche Mengen an für militärische Zwecke gedachten Sprengstoffen an Bord. Nach den Tauchgängen ist es offensichtlich, daß die "Lusitania" weit mehr Kriegsmaterial transportiert hat, als bislang gedacht wurde.

Die von der Reichsregierung vertretene Ansicht zur Art der Schiffsladung und damit zur Völkerrechtsmäßigkeit des Beschusses hat sich damit bereits jetzt als zutreffend erwiesen. Nach Bernis' Funden erscheinen in der US-amerikanischen und selbst in der britischen Presse vermehrt objektive Berichte zu den Vorgängen zu Beginn des Ersten Weltkriegs, die in der deutschen Zeitungslandschaft bisher freilich ohne Widerhall geblieben sind.<<

Das Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918

US-Präsident Wilson warb am 27. September 1918 in einer Rede in New York für einen dauerhaften Frieden (x149/6): >>Wenn es wirklich und wahrhaftig das gemeinsame Ziel der gegen Deutschland verbündeten Regierungen und der Länder, die sie regieren, ist, durch die kommenden Regelungen ... einen sicheren und dauerhaften Frieden zu erzielen, wird es notwendig sein, daß alle ... bereit und gewillt sind, den Preis zu bezahlen, den einzigen Preis, der den Frieden herbeiführt ...

Dieser Preis ist unparteiische Gerechtigkeit in jedem Punkt der Regelungen, ganz gleich, wessen Interessen berührt werden, und ... die Zustimmung der einzelnen Völker, deren Schicksal betroffen ist.<<

Da die drohende Niederlage unabwendbar und die Fortführung des Krieges aussichtslos war, drängte die Oberste Heeresleitung den Kaiser und die deutsche Reichsregierung am 14. August 1918, Friedensverhandlungen einzuleiten (x099/44).

Kaiser Wilhelm II. erklärte danach am 14. August 1918 vor hohen Generälen und Beamten (x059/26): >>Der Krieg muß beendet werden! ...<<

Das Protokoll der Sitzung des Kronrats vom 14. August 1918 lautete wie folgt (x237/239): >>Der Reichskanzler ausführt die innere Lage. Stimmung kriegsmüde – Ernährung unzureichend, noch schlimmer Bekleidungsmangel, Wahlrechtsreform ...

Der Staatssekretär (Außenminister) äußert sich über die äußere Lage. Die Siegeszuversicht des Feindes und sein Kriegswille seien zur Zeit gehobener denn je.

Der Grund seien zum Teil die letzten militärischen Erfolge im Westen; der Hauptpunkt aber sei die ursprüngliche und stets zunehmende Überzeugung, daß die Alliierten mit ihren vergleichsweise unerschöpflichen Reserven an Menschen, Rohstoffen und Fabrikaten allein mit der Zeit die verbündeten Zentralmächte zerschmettern müßten. Nach Ansicht unserer Feinde arbeitet die Zeit für sie. ...

Verbündete: Österreich erklärt, ... daß es am Ende seiner Kräfte angelangt sei. ...

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres hat die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen unserer Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen. ...<<

Die deutsche Regierung berichtete über ein Telegramm der deutschen Heeresleitung vom 1. Oktober 1918 (x243/10): >>General Ludendorff bat, ... seine dringende Bitte zu übermitteln, daß unser Friedensangebot sofort hinausgehe.

Heute halte die Truppe, was morgen geschehen könne, sei nicht vorauszusehen. ...<<

Die deutsche Heeresleitung (Generalfeldmarschall von Hindenburg) teilte der deutschen Regierung am 3. Oktober 1918 per Telegramm den bevorstehenden Zusammenbruch mit (x191/-21-22): >>Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, dem 29. September 1918, gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen. Infolge ... der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feind den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue frische Reserven in die Schlacht.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.<<

Der letzte Reichskanzler des deutschen Kaiserreiches, Prinz Max von Baden, unterbreitete in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 1918 ein deutsches Waffenstillstandsangebot, auf der Grundlage des 14-Punkte-Programms, an US-Präsident Wilson (x243/12): >>Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen. ...

Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen ... aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den Vierzehn-Punkte-Friedensplan (x051/606): >>Vierzehn-Punkte, aus 14 Punkten bestehendes Programm von US-Präsident Wilson zur Beendigung des Ersten Weltkrieges und zur Gestaltung einer zukünftigen Friedensordnung, am 8.1.18 im Kongreß verkündet:

Öffentliche Friedensverhandlungen und Abschaffung der Geheimdiplomatie;

Freiheit der Meere;

Freiheit des internationalen Handels;

Einschränkung der staatlichen Rüstungen und deren Garantie;

"unparteiische" Regelung der kolonialen Ansprüche;

Räumung Rußlands durch die Mittelmächte;

Wiederherstellung der Souveränität Belgiens;

Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich;

Festlegung der Grenzen Italiens nach dem nationalen Prinzip;

Autonomie für die Völker der Donaumonarchie;

Räumung Rumäniens, Serbiens und Montenegros durch die Mittelmächte;

Unabhängigkeit des türkischen Staates,

Autonomie für seine nichttürkischen Nationalitäten und Öffnung der Meerengen;

Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates;

Gründung eines Völkerbundes.

Bei den Friedensverhandlungen konnte sich Wilson gegen seine Verbündeten aber nicht durchsetzen; der Versailler Vertrag und die anderen Pariser Vorortverträge widersprachen in wesentlichen Teilen und dem Geist nach den Vierzehn Punkten.<<

Wilson dachte bei der "Zusicherung eines freien und sicheren Zugangs zum Meer" nur an "Wegerechte", während die polnischen Parteien die ehemaligen Grenzen von 1772 anstrebten (x041/71, x064/125).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" (x051/535): >>Selbstbestimmungsrecht der Völker, völkerrechtlicher Grundsatz, nach dem einerseits jeder Staat seine innere Organisationsform frei bestimmen kann und nach dem andererseits jedes Volk das Recht auf staatliche Verwirklichung hat.

Auf die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht der Völker gingen die Einigungsbewegungen des 19. Jahrhunderts zurück, das Selbstbestimmungsrecht sollte u.a. nach den Vierzehn Punkten des US-Präsidenten Wilson Grundlage der europäischen Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg werden.

Die Chance war günstig, weil das dem Selbstbestimmungsrecht der Völker oft entgegenstehende Souveränitätsprinzip zumindest hinsichtlich der Verliererstaaten wenig wog. So wurden die Vielvölkerstaaten Rußland, Osmanisches Reich und Österreich-Ungarn konsequenterweise aufgelöst oder stark beschnitten, doch ließ sich das Selbstbestimmungsprinzip in der ethnischen Gemengelage v.a. Südosteuropas aus sicherheits- und wirtschaftspolitischen Gründen nicht ohne Kompromisse durchhalten, so daß neue Minderheiten entstanden.

Auch Interessen der Siegermächte standen einer durchgängigen Anwendung des Selbstbestimmungsrechts entgegen: So mußte das Deutsche Reich zahlreiche Gebiete ohne Befragung der Bevölkerung abtreten und die Abstimmungsgebiete wurden nicht immer gerecht abgegrenzt; Österreich verlor Südtirol zugunsten der dennoch unzufriedenen italienischen Siegermacht; das Sudetengebiet wurde zur Sicherung des neuen Staates der Tschechoslowakei zugeschlagen; der Anschluß Österreichs an Deutschland wurde untersagt usw.

Zwar versuchte man, durch Etablierung eines Rechts der Minderheiten auf Autonomie die programmierten Konflikte zu entschärfen, doch diskreditierte die gewaltsame Behandlung des Selbstbestimmungsrechts die Friedensverträge nachhaltig. Daher wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu einem der wirksamsten Argumente der Revisionspolitik, wie sie v.a. Hitler erfolgreich handhabte.

Nach Abschluß dieser ersten Phase seiner Außenpolitik, als das Selbstbestimmungsrecht die weitere Expansion behinderte, wurde es zu einem bloßen Recht auf Heimat ohne staatliche Option oder doch mit eingeschränkter Souveränität herabgestuft. Schließlich verschwand es ganz aus der deutschen politischen Argumentation. Auch die alliierte Antwort auf die so entstandenen neuen territorialen und ethnischen Probleme orientierte sich auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam nur begrenzt am Selbstbestimmungsrecht, das Entschädigungsregelungen und Sicherheitserwägungen behindert hätte.

Zwar beruft sich das Grundgesetz bei seinem Wiedervereinigungsgebot ebenso auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker wie die Vertriebenenverbände das Recht auf Heimat darin verankert sehen, doch konnten diese Forderungen bei der ganz anderen Machtkonstellation nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa nicht mehr die politische Sprengkraft entwickeln wie 1918. Das Selbstbestimmungsrecht wurde aber in der Nachkriegszeit Motor der Entkolonialisierung und fand Eingang in die UN-Charta.<<

US-Präsident Wilson lehnte am 8. Oktober 1918 das deutsche Waffenstillstandsangebot und jegliche Friedensverhandlungen ab (x243/12): >>... (Kein) Waffenstillstand ... solange die fremden Heere auf (fremdem) Boden stehen. ...<<

Trotz der ausweglosen militärischen Lage weigerte sich die deutsche Heeresleitung am 14. Oktober 1918, eine Kapitulation ohne verbindliche Zusagen abzuschließen.

Wilson forderte am 14. Oktober 1918, mit äußerster Schärfe gegen die Kriegsverursacher vorzugehen (x063/502): >>...Vernichtung jeder militärischen Macht überall, welche es in Händen hat, allein, geheim und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, falls diese

Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht. ...<<

US-Präsident Wilson forderte in der dritten Note vom 23. Oktober 1918 den Rücktritt des deutschen Kaisers, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen (x243/12): >>(Der) Waffenstillstand (muß) ... eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschland unmöglich ... machen. ...

Die ... Vereinigten Staaten (werden nur) ... mit Vertretern des deutschen Volkes verhandeln. ... Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, ... kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. ...<<

Die deutsche Waffenstillstandskommission (Verhandlungsführer: Matthias Erzberger, ab 1919 Finanzminister, wurde später als "Novemberverschreiber" von Rechtsradikalen ermordet) verhandelte vom 8. bis zum 11. November 1918 in Compiègne (französische Stadt an der Aisne) über die Waffenstillstandsbedingungen. Marschall Ferdinand Foch (1851-1921, französischer Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte) lehnte während der rücksichtslosen Verhandlungen fast alle Änderungswünsche der Deutschen ab.

Die deutsche Heeresleitung (Generalfeldmarschall von Hindenburg) telegraphierte am 10. November 1918 an die Deutsche Waffenstillstandskommission (x243/10): >>In den Waffenstillstandsbedingungen muß versucht werden, Erleichterungen ... zu erreichen. ... Gelingt Durchsetzung ... nicht, so wäre trotzdem abzuschließen. ... Flammenden Protest unter Berufung auf Wilson ... erheben. ...<<

Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichneten die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, das wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthielt. Danach schwiegen an den europäischen Fronten die Waffen.

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schrieb später über den Abschluß des rechtsverbindlichen Waffenstillstandsvertrages (x321/40-44): >>**Falsche Versprechungen**

Deutschland willigte nur in den Waffenstillstand ein, weil es sich auf die Zusagen des amerikanischen Präsidenten verließ, die in einem diplomatischen Notenwechsel gegeben worden waren.

... Zwei Pläne für die zukünftige Gestaltung der Welt machten sich den Platz streitig: die 14 Punkte des Präsidenten und der Karthago-Friede* Clemenceaus. ...

* Anspielung auf die totale Zerstörung Karthagos durch das Römische Reich. ...

Wilsons Erklärung

Am 5. November 1918 übermittelte der Präsident Deutschland die Antwort, die er von den mit ihm verbündeten Regierungen bekommen hatte, und fügte hinzu, daß Marschall Foch* bevollmächtigt worden sei, gehörig beglaubigten Vertretern die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen.

In dieser Antwort "erklärten die verbündeten Regierungen mit den folgenden Einschränkungen ihre Bereitwilligkeit zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung aufgrund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918 sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind". ...

Die Natur des Abkommens zwischen Deutschland und den Alliierten, die sich aus diesem Notenwechsel ergibt, ist klar und unzweideutig. Die Friedensbedingungen sollen den Ansprachen des Präsidenten gemäß sein, und der Zweck der Friedenskonferenz ist, "die Einzelheiten ihrer Anwendung zu erörtern". Die Umstände des Abkommens trugen ein ungewöhnlich feierliches und verpflichtendes Gepräge, denn eine dieser Bedingungen war, daß Deutschland Waffenstillstandsbedingungen annehmen sollte, die es wehrlos machen würden. Nachdem Deutsch-

land sich im Vertrauen auf das Abkommen wehrlos gemacht hatte, erforderte es die Ehre der Verbündeten, auch ihre Verpflichtungen zu erfüllen und, wenn es Zweideutigkeiten enthielt, aus ihrer Lage keinen Vorteil zu ziehen.

* Ferdinand Jean Marie Foch (1851-1929), Marschall von Frankreich im Ersten Weltkrieg. ... Die deutsche Antwort

Die deutschen Bemerkungen über den Friedensvertragsentwurf bestanden größtenteils in einem Vergleich zwischen den Bedingungen des Abkommens, aufgrund dessen das deutsche Volk eingewilligt hatte, die Waffen niederzulegen, und den wirklichen Bestimmungen der Urkunde, die ihm dann zur Unterzeichnung vorgelegt wurde. Den deutschen Auslegern fiel es nicht schwer, zu zeigen, daß der Vertragsentwurf einen Bruch von Verpflichtungen und internationaler Sittlichkeit bedeute, der mit ihrer eigenen Schuld am Einfall in Belgien zu vergleichen sei. ...

Der Vertrag bezweckte die systematische Vernichtung der deutschen Wirtschaft.

... Das Wirtschaftssystem Deutschlands vor dem Kriege beruhte auf drei Hauptfaktoren: I. seinem Überseehandel, verkörpert in seiner Handelsflotte, seinen Kolonien, seinen Auslandsanlagen, seiner Ausfuhr und den Überseeverbindungen seiner Kaufleute; II. der Ausbeutung seiner Kohle und seines Eisens und der darauf gegründeten Industrien; III. seinem Verkehrs- und Zollsystem. Von diesen Faktoren war der erste zwar nicht der wenigst wichtige, aber sicher der verwundbarste. Der Friedensvertrag bezweckt die systematische Vernichtung aller drei, vornehmlich jedoch der ersten beiden.<<

Der nordamerikanische Journalist Oswald G. Villard, der sich nach dem Waffenstillstand in Deutschland aufhielt, schrieb damals über die allgemeine Stimmung (x063/521-522): >>... Man hörte keine Haßgesänge, keine Revanchereden; weder Engländer noch Franzosen ... waren unbeliebt; Amerikaner wurden als die besten Freunde willkommen geheißen ...<<

Nach dem 11. November 1918 war das Deutsche Reich schließlich den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Die folgenden Waffenstillstandsbedingungen der Siegermächte waren ungewöhnlich brutal und gnadenlos. Auch die unmenschliche Hungerblockade blieb weiterhin in Kraft.

Die Deutschen mußten innerhalb von 15 Tagen alle besetzten Gebiete sowie Elsaß-Lothringen räumen und sämtliche Waffen abliefern (x041/78). Der Rückzug der riesigen deutschen Truppenverbände wurde termingerecht durchgeführt. Nach dieser erstaunlichen Leistung des deutschen Heeres befanden sich Ende November 1918 alle deutschen Truppen 50 km östlich des Rheins. Das Deutsche Reich mußte alle Kriegsgefangenen entlassen, während die deutschen Kriegsgefangenen zunächst nicht heimkehren durften.

Als die wahren Absichten der Siegermächte bekannt wurden, mußten die Deutschen bestürzt und verzweifelt zur Kenntnis nehmen, daß man sie arglistig getäuscht hatte, denn fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben später unberücksichtigt. Vor allem für die deutschen Siedler in Ost- und Mitteleuropa sollte sich diese völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" schon bald verheerend auswirken.

Der Waffenstillstand wurde monatlich erneuert, so daß die Sieger jeweils neue Forderungen durchsetzen konnten (x054/186). Für die mehrmalige Verlängerung des Waffenstillstandes mußte das ausgehungerte Deutsche Reich später z.B. 140.000 Milchkühe, 120.000 Schafe, eine Unmenge Pferde, landwirtschaftliche Maschinen und den größten Teil der Handelsflotte an die Siegermächte abliefern (x069/114).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Wilsons berühmtes "Vierzehn-Punkte-Programm" (x068/194-195): >>**Heil Wilson, dem Gerechten!**

Am 8. Januar 1918 gab Wilson in einer Rede vor dem Kongreß sein berühmtes Vierzehn-Punkte-Programm für den Frieden bekannt. Es enthielt die Forderung öffentlicher Verhand-

lungen ohne Geheimverträge, allgemeine Grundsätze wie Freiheit der Meere, Beschränkung der Rüstung, Aufhebung wirtschaftlicher Barrieren, unparteiische Lösung des Kolonialproblems sowie gerechte und maßvolle Regelung territorialer Fragen. Am 11. Februar ergänzte der Präsident dieses Programm durch die "Four Principles", am 27. September durch die "Five Particulars", die wieder große Allgemeinheiten brachten. Beides sollte den Abschluß eines Friedensvertrages mit den Mittelmächten begründen.

Bevor Deutschland 1918 aufgab, gelang es seiner Führung, den Waffenstillstandsvertrag ausdrücklich auf der Grundlage der 14 Punkte und der "Prinzipien" Wilsons abzuschließen, was auch Franzosen und Briten, mit drei unbedeutenden Einschränkungen akzeptierten.

Als Wilson am 5. Dezember 1918, labil, krank, doch hochgradig von sich überzeugt, an Bord des Riesendampfers George Washington unter Salutschüssen, begleitenden Flugzeugen das Flaggenmeer des New Yorker Hafens verließ, wartete Europa auf ihn wie auf einen Erlöser. Wo immer er dann einzog, in Paris, London, in Rom, überall erlebte er sagenhafte Triumphe, Ovationen der Massen, die sich da und dort zu Adorationen (Anbetungen) steigerten, geradezu hysterische Formen annahmen. In Polen grüßten einander Gebildete mit dem Ruf "Wilson!" In Italien entzündeten Bauern Opferkerzen vor seinem Bild. Und als er am 14. Dezember 1918, von Volksmassen umjubelt, die Champs-Élysées entlang fährt, überspannt ein großes Spruchband die Straße: "Heil Wilson, dem Gerechten!"

Woodrow Wilson, der 13 für seine Glückszahl hielt, war am 13. Dezember 1918, einem Freitag, auf französischem Boden gelandet. Ob in guter, in böser Absicht, wer weiß es. Wer weiß, ob er mit seiner Friedensordnung die Mittelmächte von Anfang an getäuscht, bewußt in Sicherheit gewogen, ob er ihr Vertrauen in den zu schließenden Vertrag arglistig erschlichen hat. Nach außen zumindest tat er, als ginge es ihm nicht um Vernichtung, nicht einmal um Sieg, hielt er doch an seiner Formel "Frieden ohne Sieg" anscheinend fest, an den hehrsten Zielen, den höchsten Idealen Amerikas.

Tatsächlich aber trat er nicht mehr dafür ein, nachdem der Gegner gefallen war. Ganz bewußt hatte das Deutsche Reich sein Waffenstillstandsgesuch nicht an den Obersten Kriegsrat der Alliierten gerichtet, sondern an den höchsten Repräsentanten der USA, der freilich in Paris jeder Kraftprobe, die er, wie die Dinge standen, hätte bestehen können und müssen, bald mehr und mehr aus dem Weg ging. ...<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über Wilsons Friedensangebote (x320/17): >>Das deutsche Drama nach dem Ersten Weltkrieg beginnt damit, daß US-Präsident Wilson der deutschen Seite noch während des Krieges einen Friedensschluß anbietet, den die Sieger später ignorieren. Wilsons Friedensangebot - die sogenannten 14 Punkte - endet mit den Sätzen: "Wir sind nicht eifersüchtig auf die deutsche Größe, und es ist nichts in diesem Angebot, das sie verringert. ... Wir wünschen nicht, Deutschland zu verletzen oder in irgendeiner Weise seinen berechtigten Einfluß oder seine Macht zu hemmen. ... Wir wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt, statt eines Platzes der Vorherrschaft."

Dem US-Angebot folgen außerdem fünf Notenwechsel zwischen Deutschland und den USA, in denen beide Seiten die 14 Punkte als verbindlich anerkennen. Sie hatten damit den Charakter eines Vorvertrags. Die einzige Abtrennung deutsch besiedelten Gebietes, die schon dort vereinbart wird, ist die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich. Mit der Zusicherung "Wir wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt" legt Deutschland seine Waffen nieder und beginnt, seine Truppen aufzulösen. ...<<

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Unter-

gang des deutschen Kaiserreiches", daß US-Präsident Wilsons "14-Punkte-Friedensplan" nicht der letzte große Betrug der globalen Kriegstreiber bleibt (x340/216-217): >>... Die Kriegstreiber von heute sind wie 1914 und 1939 kühl kalkulierende, machtbesessene und menschenverachtende Hasardeure. Sie finden sich unter Spekulationsbankern und Inhabern von Rüstungsgroßkonzernen, vor allem in den transnationalen Konzernen und dem transnationalen Kapital.

Es gibt also erneut Warnungen, Wetterleuchten und Vorbeben vor einem Unglück, das sich wie schon einmal vor 1914 kaum jemand vorstellen kann. Das Ereignis ist nicht unvermeidlich, dennoch ist es wahrscheinlich.

Die endlosen Kriege der infrastrukturell und ökonomisch weitgehend verkommenen USA haben jetzt im 21. Jahrhundert nach den Worten von Willy Wimmer, einst Staatssekretär des bundesdeutschen Verteidigungsministerium, zu einer Flut von zurückkehrenden Särgen geführt, die Fragen aufwerfen. ...

Dabei deckte er eine interessante Parallele auf: Wie die Mittelmächte 1918 an einen gerechten Frieden nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons vertrauten und die Waffen streckten, glaubte die sowjetische Führung 1990, auf die Feststellungen in den "Zwei-plus-Vier-Verträgen" zur Wiedervereinigung Deutschlands vertrauen zu dürfen, nach denen die NATO keinesfalls über die Oder als polnisch-deutsche Grenze nach Osten hinaus ausgedehnt werden sollte.

Die Russen zogen aus Osteuropa ab. Heute steht die NATO in den baltischen Staaten. Alles war Lüge.

Am Ende des Ersten Weltkrieges gingen am 11. November 1918 die Tore zur Hölle auf! Bis heute hat sie niemand wieder geschlossen.<<

Kriegsverluste des Ersten Weltkrieges

Der Erste Weltkrieg war mit Abstand der verlustreichste Krieg der damaligen Weltgeschichte. Die Zahl der Kriegstoten und Verwundeten erreichte noch nicht gekannte, nie für möglich gehaltene Ausmaße. Europa ging regelrecht in Blut und Tränen unter.

Im Verlauf des Ersten Weltkrieges von 1914-18 fielen rd. 8.551.000 Soldaten (davon waren rd. 1.809.000 Deutsche) und 19.536.000 wurden verwundet (davon waren 4.247.000 Deutsche) - (x041/77, x056/319, x061/404).

Die deutsche Zivilbevölkerung blieb im Ersten Weltkrieg zwar größtenteils von direkten Kriegseinwirkungen (Kampfhandlungen, Luftangriffe etc.) verschont (Ausnahme: Ostpreußen), aber die jahrelange Hungerblockade der Ententemächte verursachte unermeßliche Leiden, Not und Entbehrungen. Während der Kriegsjahre 1914 bis 1918 erhielten die Deutschen nur unzureichende tägliche Nahrungsmittelzuteilungen, so daß in den Kriegsjahren mehr als 750.000 deutsche Zivilisten verhungerten (x049/15, x267/329).

Kriegsverluste des Ersten Weltkrieges (vom 19.08.1914 bis zum 11.11.1918)

Kriegsparteien, Truppenstärke, Gefallene, Verwundete und Gefangene des Ersten Weltkrieges (x041/60,77, x056/319, x061/404):

<u>Kriegsparteien</u>	<u>Truppenstärke</u> <u>1914</u>	<u>Truppenstärke</u> <u>1918</u>	<u>Gefallene</u>	<u>Verwundete</u>	<u>Kriegsgefangene</u>
Deutsches Reich	4.500.000	11.000.000	1.809.000	4.247.000	618.000
Österreich-Ungarn	3.000.000	7.800.000	1.200.000	3.620.000	2.200.000
Osmanisches Reich	-	2.800.000	325.000	400.000	.
Bulgarien	-	1.200.000	.	.	.
Mittelmächte	7.500.000	22.800.000	3.334.000	8.267.000	2.818.000
Rußland	5.970.000	12.000.000	1.700.000	4.950.000	2.500.000
Frankreich	4.020.000	7.900.000	1.280.000	2.813.000	446.000
Französische Kolonien	-	600.000	105.000	231.000	.
Großbritannien	980.000	6.704.000	705.000	1.395.000	192.000
Britisches Weltreich	-	2.296.000	242.000	727.000	.
Serbien	200.000	700.000	360.000	.	.
Italien	-	5.500.000	460.000	947.000	530.000
Rumänien	-	750.000	250.000	.	.
USA	-	1.400.000	115.000	206.000	5.000
Ententemächte	11.170.000	37.850.000	5.217.000	11.269.000	3.673.000
Gesamt	18.670.000	60.650.000	8.551.000	19.536.000	6.491.000

Bilanzierung und Bewertung des Ersten Weltkrieges

Die Ermordung des österreichischen Staatsmannes Franz Ferdinand in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo (seit 1908 von Österreich-Ungarn annektiert) bildete am 28. Juni 1914 den Abschluß zahlreicher Aggressionen. Mit diesem Attentat provozierte der radikale serbische Geheimbund "Crna ruka" ("Schwarze Hand") bewußt den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, denn man rechnete fest damit, daß dieser Mordanschlag angesichts der extremen damaligen Lage angemessen geahndet werden würde.

Da alle europäischen Staatsmänner irrtümlich von einem begrenzten Krieg (wie z.B. die Balkankriege von 1912 und 1913) ausgingen, und niemand bereit war, auf seine vermeintlichen Ansprüche zu verzichten, steuerte Europa und vor allem das eigentlich unbeteiligte Deutsche Reich unter "vollen Segeln" dem Untergang entgegen.

Am 6. Juli 1914 sicherte die deutsche Reichsregierung Österreich-Ungarn die unbedingte Bündnistreue des Deutschen Reiches zu (x041/58). Durch diese verhängnisvolle "Blankovollmacht" wurden z.B. Art und Zeitpunkt aller Entscheidungen über "Krieg oder Frieden" den Österreichern überlassen. Das militärisch schwache Österreich-Ungarn wurde durch diese bedingungslose, unverantwortliche Zusage der deutschen Reichsregierung eigentlich erst ermutigt, mit Serbien abzurechnen.

Ungeachtet der deutschen Vermittlungsversuche erklärte Österreich-Ungarn am 28. Juli 1914 Serbien den Krieg.

Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) schrieb am 28. Juli 1914 an seine Frau (x307/706): >>... Alles treibt auf eine Katastrophe und Zusammenbruch zu. ... Ich bin interessiert, gerüstet und glücklich. ...<<

Die deutsche Reichsregierung forderte am 30. Juli 1914 den deutschen Botschafter in Wien auf, die österreichische Reichsregierung erstmalig (aber leider viel zu spät) mit allem Nachdruck zur Mäßigung zu bewegen (x058/284): >>... Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Auch in italienischer Frage scheint Wien unsere Ratschläge zu mißachten.

Bitte sich gegen Graf Berchtold (damaliger österreichisch-ungarischer Minister des Äußeren) sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst aussprechen.<<

Obwohl die österreichisch-russischen Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, ordnete Zar Nikolaus II. auf Betreiben des russischen Außenministers, des Kriegsministers und des Generalstabschefs am 30. Juli 1914 überraschend die Generalmobilmachung an. Zar Nikolaus II. gab damit endgültig das Signal zum Kriegsbeginn.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die russische Generalmobilmachung vom 30. Juli 1914 (x307/651): >>Die russische Generalmobilmachung zählte zu den schwerwiegendsten Entscheidungen während der Julikrise. Es war bislang die erste Generalmobilmachung. Sie kam zu einem Zeitpunkt, als die deutsche Regierung noch nicht einmal den Status der drohenden Kriegsgefahr ausgerufen hatte, das deutsche Pendant zur russischen Kriegsvorbereitungsperiode, die seit dem 26. Juli in Kraft war.

Österreich-Ungarn steckte seinerseits noch mitten in einer Teilmobilmachung mit dem Ziel, Serbien niederzuwerfen. Später herrschte unter französischen und russischen Politikern wegen dieser Abfolge der Ereignisse ein gewisses Unbehagen.

In dem Orangebuch, das die russische Regierung nach Kriegsausbruch veröffentlichte, um die eigenen Aktionen während der Krise zu rechtfertigen, datierten die Herausgeber den österreichischen Befehl zur Generalmobilmachung zurück, so daß der russische Schritt als reine Reaktion auf andere Entwicklungen erschien. ...<<

Die britische Regierung lehnte am 30. Juli 1914 den deutschen Wunsch nach einer Neutralitätsgarantie ab (x175/113).

Kaiser Wilhelm II. erklärte am 31. Juli 1914 den "Zustand der drohenden Kriegsgefahr" und forderte Rußland ultimativ auf, die Mobilmachung der russischen Armeen aufzuheben (Frist = 12 Stunden). Frankreich wurde aufgefordert neutral zu bleiben (Frist = 18 Stunden).

Der belgische Gesandte in Paris schrieb am 31. Juli 1914 (x307/607): >>Der französische Generalstab ist für den Krieg. ... Der französische Generalstab will den Krieg, weil er den Augenblick für günstig hält und weil man endlich einmal Schluß machen müsse.<<

Da Rußland das deutsche Ultimatum nicht beantwortete, schickte Kaiser Wilhelm II. am 1. August 1914 ein letztes, persönliches Telegramm an den russischen Zaren, um die Katastrophe doch noch zu verhindern (x063/481). Weil der russische Truppenaufmarsch an den deutsch-österreichischen Grenzen unvermindert anhielt, erfolgte am 1. August 1914, um 17.00 Uhr, die deutsche Mobilmachung. Gegen 19.00 Uhr wurde die deutsche Kriegserklärung an Rußland übergeben (x056/315). Der Erste Weltkrieg begann als deutsch-russischer Krieg.

Die französische Regierung beantwortete am 1. August 1914 das deutsche Ultimatum mit dem Hinweis, daß man sich durch seine eigenen Interessen leiten lassen werde (x063/482). Um 16.55 Uhr ordnete Frankreich die allgemeine Mobilmachung an (x056/315).

Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) ließ am 1. August 1914 ohne Genehmigung des britischen Kabinetts (nur mit Billigung des Premierministers) die britische Flotte mobilisieren (x307/691).

Der deutsche Reichskanzler beauftragte am 3. August 1914 den deutschen Botschafter in London (x056/317): >>Bitte (dem britischen Außenminister Edward Grey) zu sagen, daß, wenn wir zur Neutralitätsverletzung Belgiens schritten, wir dazu durch die Pflicht der Selbst-

erhaltung gezwungen würden ... Wir befänden uns in einer militärischen Zwangslage.

Die unselige russische Mobilmachung hätte uns, die wir bis dahin militärisch uns auf ... Defensivmaßnahmen beschränkt hätten, plötzlich in Gefahr gesetzt, nachdem auch Frankreich schon vorher stark gerüstet hätte, von den Fluten von Ost und West verschlungen zu werden ...

Jetzt müßten wir, eingekeilt zwischen Ost und West, zu jedem Mittel greifen, um uns unserer Haut zu wehren.

Es liege keinerlei absichtliche Verletzung des Völkerrechts vor, sondern die Tat eines Menschen, der um sein Leben kämpft ... Rußland habe durch verbrecherisches Spielen mit dem Feuer (den Frieden zu erhalten) durchkreuzt ...<<

Wesentliche Kriegsgründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges waren:

1. Nationalitätenprobleme und weltweiter Imperialismus: Seit Beginn des 19. Jahrhunderts hatten sich infolge der großen sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen dramatische Nationalitätenprobleme (Zeitalter des Nationalismus) und globale imperialistische Machtinteressen entwickelt, die man mit den damaligen politischen Mitteln und Gesellschaftsordnungen nicht mehr lösen konnte.

2. Der nordamerikanisch-deutsch-englisch-französische Kampf um die wirtschaftliche Vormachtstellung: Die "aufmüpfige" deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht sollte während des Krieges entscheidend geschlagen werden, um den neuen lästigen Konkurrenten dauerhaft zu schwächen und auszuschalten.

3. Der verhängnisvolle Automatismus bzw. die Eigendynamik der Bündnissysteme erzwangen später zwangsläufig die Mobilmachungen und setzten die durchorganisierte Kriegsmaschine unaufhaltsam in Gang.

Der erste große Krieg des 20. Jahrhunderts wurde hauptsächlich durch ungeheure Materialschlachten, Schützengräben, Stacheldrahtverhaue, endlose Artillerie- und Handgranatengefechte, blutige Nahkämpfe sowie durch den erstmaligen Großeinsatz von Massenheeren, Giftgas, Minen, Maschinengewehren, Flammenwerfern, Panzern, Kampfflugzeugen und U-Booten geprägt.

Den "Mittelmächten", Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich (ab Oktober 1914) und Bulgarien (ab Oktober 1915), mit rd. 155 Millionen Einwohnern, standen die "Ententemächte", 30 Länder mit rd. 1.365 Millionen Einwohnern, gegenüber (x038/1.915/1.916). Weder Österreich-Ungarn noch das Deutsche Reich (Heeresstärke 1913 = 662.000 Soldaten) waren militärisch und wirtschaftlich auf einen längeren Krieg vorbereitet. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn besaßen höchstens Lebensmittelvorräte für 1 Jahr und wurden nach dem Kriegsbeginn schnell von kriegswichtigen Rohstoffen abgeschnitten.

Da die deutsche Heeresleitung zwangsläufig den gefürchteten Zweifrontenkrieg führen mußte, entschied man sich nach alter preußischer Tradition für eine offensive Kriegsführung, um schnelle Entscheidungen zu erzwingen. Das Deutsche Reich mußte vom Kriegsausbruch bis zum Ende die militärische Hauptlast des Krieges tragen. Österreich-Ungarn konnte sich vielfach nicht auf seine Truppen verlassen, die aus vielen Völkerschaften bestanden. Auch die Türken und Bulgaren waren ständig auf deutsche Unterstützung angewiesen. Die deutschen Truppen waren zwar stärker als jeder einzelne europäische Gegner, aber trotz der Allianz mit den Mittelmächten viel zu schwach, um alle Feinde gleichzeitig zu schlagen.

Während die britischen und französischen Armeen der politischen Führung unterstellt wurden, gab es im Deutschen Reich keine einheitliche Führung. Kaiser Wilhelm II., der zwischen den Politikern und der deutschen Heeresleitung vermitteln sollte, scheiterte.

Die US-Wirtschaft belieferte die Westmächte bereits seit etwa 1915 mit Kriegsgütern, denn ein Sieg der Mittelmächte würde angeblich die großen US-Kapitalanlagen in England und Frankreich gefährden.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die US-Neutralität im Ersten Weltkrieg (x068/175-176): >>... Die Gelegenheit war nun einmal gut, war besser als die Moral. Die halbe Welt befand sich im Krieg, im Krieg gegen das böse, das wilhelminische, das kaiserliche Deutschland, das im übrigen, ganz wie die "demokratischen" USA, eine wirtschaftliche und machtpolitische Expansion erstrebte.

Und Woodrow Wilson hatte es schon 1912 als den gefährlichsten Rivalen im Welthandel ausgemacht, als größere Konkurrenz selbst als das gleichfalls expansionslüsterne Japan oder die alten Großmächte England und Frankreich. Auch andere Vielvermögende in den Staaten dachten so. Schon 1915 bildeten sich deshalb nationale Verteidigungsorganisationen ...

Dazu paßt, daß Oberst House, Wilsons Graue Eminenz, nach einer Unterredung mit Aristide Briand (Friedensnobelpreis 1926) am 9. Februar 1916 an Präsident Wilson schreibt. Wir einigten uns schließlich dahin, daß sie nicht intervenieren würden, wenn die Alliierten im Frühjahr und Sommer nennenswerte Erfolge hätten. Wenn dagegen die Flut des Krieges gegen sie ginge oder sich nicht veränderte, würden sie intervenieren." ...

Dazu paßt, daß bereits damals in der Mitte des Krieges, der US-Handel mit den Mittelmächten gegenüber 1914 auf weniger als ein Drittel gesunken, der mit den Alliierten aber um das Vierfache gestiegen ist, von 800 Millionen auf 3 Milliarden Dollar.

Ganz klar, daß Deutschland sich gegen die enormen amerikanischen Lieferungen an seine Kriegsgegner wehren muß. Es erklärt im Februar 1915 die See um Großbritannien und Irland als Kriegsgebiet und kündigt die Versenkung feindlicher Handelschiffe an. Bald darauf werden amerikanische Reisende durch Deutschland in einer New Yorker Zeitung ausdrücklich vor Fahrten in britischen Gewässern gewarnt.

Die USA verstehen dies als eine Verletzung der Neutralität – aber natürlich nicht ihre Kriegslieferungen an Deutschlands Gegner. Und nachdem bis März 1917 deutsche U-Boote 5 US-Schiffe versenkt haben, betreibt Wilson im Kongreß die Kriegserklärung an Deutschland.<<

Nach der Eroberung Rumäniens gab die deutsche Regierung am 12. Dezember 1916 ein Friedensangebot der Mittelmächte an die Entente ab.

Das Deutsche Reich verzichtete am 26. Dezember 1916 auf die Nennung von konkreten Friedensbedingungen, weil die französisch-britischen Bedingungen für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn unannehmbar waren.

Die Entente lehnte am 30. Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 ab, da keine konkreten Friedensbedingungen genannt wurden. Angesichts der "Bedrohung der Freiheit" hielt der französische Außenminister Aristide Briand (1862-1932) allein schon das Wort Frieden für frevelhaft (x041/68).

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die deutschen Friedensangebote seit 1916 (x057/194): >>Nachdem schon 1916 ein deutsches Friedensangebot von den Gegnern abgelehnt worden war, erfolgte unter Führung des Zentrumsabgeordneten Erzberger die Friedensresolution des Reichstages (1917). Darin wurde ein "Frieden der Verständigung ohne Annexionen" angeboten, aber ohne Erfolg.

Anfang 1918 hatte der Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson, in seinen "Vierzehn Punkten" die Grundlage eines Friedens aufgestellt. Die von Prinz Max von Baden gebildete Regierung rief Wilson als Vermittler an und bat um Waffenstillstand und Einleitung von Friedensverhandlungen auf Grund der "Vierzehn Punkte" (Oktober 1918).<<

Der Kriegseintritt Nordamerikas am 6. April 1917 brachte endgültig die Wende des Ersten Weltkrieges. Die US-Wirtschaftsmacht führte den bereits ermatteten, kriegsmüden britisch-französischen Verbündeten danach schier unerschöpfliche Kriegsmaterial- und Truppenverstärkungen zu, so daß die Überlegenheit der Ententemächte von Tag zu Tag größer wurde. Die großen US-Geleitzüge brachten jetzt noch mehr schwere Waffen (vor allem Panzer), Versorgungsgüter und ausgeruhte Truppen nach Europa. Ununterbrochen trafen neue Waffen-, Mu-

nitions- und Truppentransporte in England und Frankreich ein.

Winston S. Churchill (1874-1965, während des Ersten Weltkrieges u.a. britischer Marineminister) berichtete später im "New York Enquirer" (x068/199): >>Amerikas Kriegseintritt 1917 war ein unseliger Schritt. Wäret Ihr zu Hause geblieben und Euren eigenen Geschäften nachgegangen, dann hätten wir im Frühjahr 1917 mit den Zentralmächten Frieden geschlossen. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Rolle der USA während des Ersten Weltkrieges (x283/202-203): >>... Schon die Versenkung der britischen Lusitania am 7. Mai 1915 – sie hatte Passagiere und, wie die seit 1986 einsehbaren Ladelisten bestätigen, Munition für England an Bord – durch ein deutsches U-Boot ließ die deutschfeindliche Stimmung hochkochen, die seit Kriegsbeginn in den Staaten vorherrschte.

Der Propaganda-Effekt der Lusitania-Episode war enorm. Der aus Kursänderungsbefehlen abgeleitete Verdacht, daß die britische Admiralität die Versenkung bewußt in Kauf genommen, vielleicht sogar provoziert hat, um Deutschland in der Welt anzuprangern, wird dadurch genährt, daß die Unterlagen im British Naval Intelligence Department noch immer geheimgehalten werden. ...

Ohne die massive moralische, materielle und zuletzt auch militärische Unterstützung der Entente durch Washington wäre es vermutlich so wie mit den Russen im Osten bei Brest-Litowsk auch mit den Gegnern im Westen nach der Schlacht um Verdun zu einem Erschöpfungsfrieden gekommen.

Das im Dezember 1916 unterbreitete Friedensangebot von Bethmann-Hollweg wäre angenommen worden – so meinte jedenfalls später Churchill. Man hätte im wesentlichen die Vorkriegslage wiederhergestellt, aber einräumen müssen, daß die Kriegsoffer nichts gebracht haben. Die Verluste durch eine Fortsetzung des Krieges, Versailles und alle Folgen wären unterblieben. Dies erfordert allerdings die Zusatzannahme, daß jenes Patt die Entscheidung nicht einfach vertagt hätte, die 1914 gesucht worden war. Ein erneuter Ausbruch des Konfliktes wäre denkbar, so wie er 1939 ja tatsächlich stattgefunden hat.

Aber auch eine günstigere Folge jenes damals möglichen aber unterbliebenen Friedens kommt in Frage. Deutschland hätte eine konstitutionelle Monarchie bleiben können – allerdings mit der unter Max von Baden 1918 durch den Krieg bewirkten, im Frieden wohl verzögerten Parlamentarisierung. Die Aussichten der Donaumonarchie wären weniger günstig gewesen. sie hätte sich nach englischem Beispiel in ein Commonwealth verwandeln müssen. ...<<

Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichneten die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, das wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthielt. Danach schwiegen an den europäischen Fronten die Waffen.

Der Abschluß des Waffenstillstandes war völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Ententemächten. Die deutschen Truppen waren zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen zwar schwer angeschlagen, aber bis zum Waffenstillstand konnten fast keine feindlichen Truppen in das Deutsche Reich eindringen. Nur einige Gebiete in Elsaß-Lothringen waren bereits von französischen Truppen besetzt.

Als alle deutschen Truppen ihre Waffen niedergelegt hatten, verstärkten die Siegermächte am 6. Dezember 1918 ungeachtet des Waffenstillstandsabkommens die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um die Bevölkerung des Deutschen Reiches systematisch auszuhungern.

Nach dem Waffenstillstand bekam die deutsche Bevölkerung nur noch eine tägliche Nahrungsmittelzuteilung von etwa 1.000 Kalorien (obgleich der tägliche Mindestbedarf eines Erwachsenen damals etwa 2.600 bis 3.000 Kalorien betrug). Die nach den langen Kriegsjahren ausgehungerte deutsche Bevölkerung streckte damals z.B. das Brot, indem man Getreide- und

Holzmehl vermischte.

Im Verlauf der "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919, die eindeutig gegen die Grundsätze des Völkerrechts verstieß, verhungerten etwa 300.000 deutsche Zivilisten (x063/521), bis die Siegermächte ihren sogenannten "Friedensplan von Versailles" schließlich durchsetzen konnten. In den anderen "Mittelmächten" starben ebenfalls Tausende den Hungertod.

Winston S. Churchill (1874-1965, damals britischer Kriegsminister) erklärte am 3. März 1919 vor dem britischen Unterhaus (x063/520): >>Wir halten unsere gesamte Waffenmacht in vollem Gange oder in unmittelbarer Einsatzbereitschaft. Wir führen die Blockade mit äußerster Schärfe durch. Wir haben starke Heere, die jederzeit bereit sind vorzurücken.

Deutschland ist dem Verhungern nahe. Die Berichte von Offizieren, die das Kriegsministerium in ganz Deutschland umhergesandt hat, geben Zeugnis erstens von harten Entbehrungen, die das deutsche Volk erleidet, und zweitens von der großen Gefahr eines Zusammenbruchs des gesamten sozialen und nationalen Lebens unter der Wirkung des Hungers und der Unterernährung.

Jetzt ist der rechte Augenblick gekommen, den Vertrag durchzusetzen! ...<<

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schrieb später über den Abschluß des rechtsverbindlichen Waffenstillstandsvertrages (x063/514): >>Die Natur des Abkommens zwischen Deutschland und den Alliierten ist auf Grund des Austausches der Urkunden klar und eindeutig.

Die Friedensbedingungen (so war vereinbart) sollten die in den Ansprachen des Präsidenten genannten sein und die Aufgabe der Friedenskonferenz, "die Einzelheiten ihrer Anwendung zu besprechen".

Das Zustandekommen des Vertrages vollzog sich auf ungewöhnlich feierliche und rechtsverbindliche Art; eine der Bedingungen war die Zustimmung zu dem Waffenstillstandsabkommen, das so gehalten war, daß es Deutschland wehrlos machen würde.

Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf den Vertrag selber wehrlos gemacht hatte, wurde es zu einer besonderen Ehrenpflicht der Alliierten, ihren Teil des Vertrages zu erfüllen und etwaige Zweifelsfragen nicht auf Grund ihrer Machtstellung auszunützen.<<

General J. F. Fuller schrieb später über das beschämende Verhalten der Sieger (x063/515): >>... daß der Bruch dieses Vertrages die entscheidende Niederlage für die europäische Ordnung war. Er war die unmittelbare Ursache für die weitere verhängnisvolle Entwicklung. Die Alliierten haben ihren Teil des Abkommens nicht erfüllt. Statt dessen haben sie es, als Deutschland hilflos war, im Gegensatz zu früheren Friedenskonferenzen abgelehnt, mit dem Gegner mündlich zu verhandeln; sie haben die Blockade aufrechterhalten; und sie haben die Bedingungen des Waffenstillstands gebrochen.<<

Schlußbemerkungen: Wenn sich die Vereinigten Staaten von Amerika am 6. April 1917 nicht aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg eingemischt hätten, wäre es angesichts der unentschiedenen militärischen Lage und der hohen Verluste (allein während der strategisch völlig sinnlosen Kämpfe um Verdun von Februar bis Dezember 1916 fielen mindestens 335.000 Deutsche und 360.000 Franzosen) noch im Dezember 1916 oder im Januar 1917 zu einem Waffenstillstand ("Erschöpfungsfrieden") im Osten und Westen gekommen.

Die europäischen Kriegsparteien hätten sich ohne die materielle und militärische Unterstützung der Entente durch die USA notgedrungen auf einen maßvollen Verständigungsfrieden (Wiederherstellung der Vorkriegslage und angemessene Entschädigungen für Sachschäden in den Kampfgebieten) geeinigt. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hätte sicherlich einen völlig anderen Verlauf genommen. Aufgrund des "Erschöpfungsfriedens" im Dezember 1916 oder im Januar 1917 wären z.B. folgende Ereignisse vermieden worden:

In den Jahren 1917 bis 1918 wären Millionen von Soldaten nicht mehr gefallen oder verwundet worden.

Die bolschewistische Revolution in Rußland wäre im Jahre 1917 gescheitert und es hätte kein gewaltsames Ende des Zarentums, keinen verlustreichen Bürgerkrieg, keine Gründung der UdSSR sowie keine stalinistische Gewaltherrschaft gegeben.

Im Deutschen Reich wäre die konstitutionelle Monarchie vermutlich durch eine parlamentarische Monarchie ersetzt worden.

Die Donaumonarchie hätte die slawischen Völker nach und nach in die Unabhängigkeit (Beispiel: "British Commonwealth of Nations") entlassen müssen.

Im Verlauf der "Hungerblockade" von November 1918 bis Juli 1919 wären nicht mehr als 300.000 deutsche Zivilisten verhungert.

Die völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" ("Pariser Vorortverträge") hätte Deutschland und viele andere europäische Staaten nicht ins wirtschaftliche und politische Chaos gestürzt.

Die jahrhundertealten europäischen Macht- und Kräfteverhältnisse hätten sich nicht schlagartig grundlegend geändert, so daß die Vereinigten Staaten von Amerika erst wesentlich später eine Superwirtschafts- und Militärweltmacht geworden wäre.

Der Siegeszug der Diktaturen, der ab 1920 in fast allen neugegründeten Staaten und in zahlreichen europäischen Ländern erfolgte, hätte in diesem Umfang nicht stattgefunden.

Hitlers nationalsozialistische Bewegung, den Zweiten Weltkrieg, die Ermordung der europäischen Juden und die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa hätte es ebenfalls nicht gegeben.

Erneute Konflikte wären vermutlich auch nach einem vorzeitigen Ende des Ersten Weltkrieges entstanden, aber sie hätten sicherlich nicht die Ausmaße des späteren Zweiten Weltkrieges von 1939-45 erreicht.